

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3spaltige Petit-
zeile 4 Pf.
Telephon Nr. 535

Schlußtermin:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
etc. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Wirtschaftspolitische Umschau.

Es scheint, daß diesmal die Hochkonjunktur im Geldmangel ersticken soll. Seit der letzten Umschau hat sich der Geldmarkt durchaus nicht gebessert, die Geldknappheit hat vielmehr unausgesetzt zugenommen und einen so bedrohlichen Stand erreicht, daß sogar die Bank von England den Diskontsatz auf 6 Proz. heraufgesetzt hat, was in den letzten beiden Jahrzehnten nur einmal in den Schrecken des Burenkrieges vorgekommen ist. Alles irgendwie verfügbare Geld wird in die wirtschaftlichen Unternehmungen hineingesteckt. Daher sind die Betriebsmittel, die gleichfalls eine Ausdehnung verlangen, immer mehr gekürzt worden und die Industrie steht heute vor der Tatsache, daß sie unausgesetzt für die Inanspruchnahme des Kredits horrenden Wucherzinsen zu bezahlen hat. Gegenwärtig macht sich die Folge dieser Erscheinung in einem Nachlaß der Kaufkraft bemerkbar, wobei allerdings auch die Unsicherheit in den Arbeiterverhältnissen eine gewisse Rolle spielen mag. Trotzdem liegen die Dinge heute aber noch so, daß Aufträge für lange Monate vorhanden sind und viele Werke bereits heute Klage darüber führen, daß sie allzufrühzeitig ihre Preisabmachungen getroffen haben, und dadurch behindert sind, die Konjunktur durch Preiserhöhungen in der gewünschten Weise auszunutzen.

Die gegenwärtige Situation ist so außergewöhnlich, gründet sich auf so riesenhafte Erscheinungen der Entwicklung, daß ein Urteil über ihre Dauer so gut wie ausgeschlossen ist. Es kann nur immer wieder betont werden, daß auch im wirtschaftlichen Leben die Wanne nicht in den Himmel schiesst. Mag auch der Geldmangel eine gewisse mildernde Wirkung auf die allgemeine Lage ausüben, bei einer so ungemein scharfen Steigerung der Produktion muß andauernd damit gerechnet werden, daß von einem Tage zum anderen an irgend einer wichtigen Stelle eine Stockung eintreten kann, die dann den Anfang vom Ende der heutigen über guten Zeit bedeuten würde.

Bezeichnend für die Lage ist, daß nimmehr auch im Osten die Klagen über Arbeitermangel laut werden. Wir sind es gewohnt, die äußerste Ecke von Schlesien als ein Arbeiterreservoir für die Industrie des Westens zu betrachten. Auf der Generalversammlung der Laurahütte, die in diesen Tagen stattfand, beteuerte der Generaldirektor Hüger, derselbe, der seinerzeit im Saarrevier im Staatsdienste zur Verhinderung gelangte, die Leistungsfähigkeit der Unternehmer seiner Gesellschaft würde noch wesentlich größer gewesen sein, wenn nicht ständig 600 bis 800 Arbeiter gefehlt hätten, die man nicht heranzuziehen vermocht habe. Er erging sich auch in längeren Ausführungen über das Schichtbummeln der Arbeiter, eine Erscheinung, die sonst den Unternehmern keine allzugroßen Sorgen macht, weil sie ja aus bester Erfahrung wissen, daß jene Elemente, die das Leben von der leichteren Seite auffassen, als Streikbrecher in der Regel die zuverlässigsten Feinde der Arbeiterorganisationen sind. Jetzt, da man in einer großen Konjunktur steht, rechnet man den Leuten haarsträubend vor, wieviel sie mehr hätten verdienen können, wenn sie nicht gebummelt hätten. Hüger hatte sogar nachgerechnet, daß auf seinen Werken im letzten Vierteljahr mit Einschluß der Frauen 51.000 Schichten verbummelt worden seien, durch die den Arbeitern 13,7 Prozent an Arbeitslohn entgangen sei. Es ist hier wohl nicht der Ort, diese Anklage zu untersuchen. Hier interessiert nur, daß die Unternehmer nicht allein im Westen,

sondern auch in der alten Heimat des Lohnrückertums an Arbeitermangel leiden.

Die Auffassung, daß die Industrie sich die gegenwärtige Konjunktur in weit stärkerem Maße zu nütze machen müsse durch möglichst scharfe Erhöhung aller Preise, hat in der abgelaufenen Berichtsperiode allenthalben zu Preiserhöhungen geführt. Fast jeden Tag liefen Nachrichten über Preiserhöhungen dieses oder jenes Verbandes ein. Am massvollsten war dabei noch immer der große Stahlwerksverband, der anscheinend unter dem Druck der öffentlichen Meinung jede Ueberstärzung vermied. Freilich waren auch seine Preiserhöhungen derart, daß die verschiedensten großen Abnehmergruppen laute Klagen über seine Preisgebarung verbreiteten. Der Stahlwerksverband suchte diesen Klagen entgegenzuarbeiten dadurch, daß er eingehende Beratungen mit dem Eisenbahnminister einleitete, deren Ziel die Ermäßigung der Gültertarife war. Bis jetzt haben diese Bestrebungen den gewünschten Erfolg noch nicht gehabt. Die Stahlverbraucher müssen sich die gegenwärtigen Preise gefallen lassen. Nicht allein mit den hohen Preisen haben sie zu kämpfen, es herrscht stellenweise besonders in dem Abnehmerbereich des Mächener Hüttenwerks „Rote Erde“ wegen des Streiks ein direkter Stahlmangel. In anderen Verbänden hat man sich anscheinend in den letzten Wochen entschlossen, die Situation mit allen Kräften auszunutzen. Der Kupferrohrverband setzte seine Preise in der letzten Zeit jede Woche um ca. 5 Mark höher. Auch der Kupferblechverband wollte nicht zurückbleiben, und der Preis des Kupfers selbst überschritt in diesen Tagen den höchsten Preis, den der Kupfer in den letzten Jahrzehnten gehabt hat. Auch der Nietenfabrikantenverband, der es an Preiserhöhungen bisher in keiner Weise hat fehlen lassen, nahm noch einmal die Gelegenheit wahr. Die Drahtgängerhandlungsvereinigung in Rheinland-Westfalen erhöhte die Formeisenpreise um 5 Mark pro Tonne, die Vereinigung deutscher Schraubenfabrikanten ihre Preise um 10 Mk. Die größeren Firmen der Telegraphen- und Telefonindustrie vereinigte sich auf einen „Teuerungszuschlag“ von 10 bis 20 Proz. Im Walzdrahtverbande überlegt man sich die Sache noch. In den nächsten Tagen werden die Beratungen des engeren Ausschusses im Kohlenyndikat über die Kohlenpreise im nächsten Jahre beginnen. Von den Beschlüssen dieser Körperschaft, die allerdings noch von der Zechenversammlung genehmigt werden müssen, wird es abhängen, ob die Industrie auch von dieser Seite mit einer weiteren Erschwerung bedacht werden wird. Die Treiber sind bereits an der Arbeit. Der eben erwähnte Generaldirektor Hüger von Laurahütte hat sich bereits darüber beklagt, daß der Kohlenpreis noch immer hinter dem von 1900 zurückbleibe. Bei den engen Beziehungen der ober-schlesischen Kohlenindustrie zum rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat ist zu erwarten, daß man dort diesen Wink nur zu gut verstehen wird.

Einer braucht nicht wunder zu nehmen, daß die Gründungsnot, die bis in den Herbst hinein wohl herrschte, allgemach etwas zurückgegangen ist. Die metallurgische Gesellschaft in Frankfurt erhöhte ihr Kapital von 6 auf 9 Mill. Mark. Auch die Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. beschloßen, todesmutig wie ihr Begründer immer war, eine Erhöhung des Grundkapitals von 4 auf 14 Mill. Mark. Eine Neugründung, die allerdings nicht mit der Erweiterung von vorhandenen Anlagen verbunden ist, ist die Verschmelzung der Hannoverschen Maschinenbau-A.-G. vorm. Gebrüder Lindner-Daunover mit Thyssen-Widder Maschinenfabrik A.-G. in Chemnitz. Das Hannoversche Werk hat diese Vereinigung vorgeschlagen,

um die Anlagen des Chemnitzer Werkes in seinen Dienst zu stellen.

Es ist klar, daß bei einer Spannung wie sie heute besteht, die Verhältnisse der Syndikate die weitgehendste Beachtung finden. An der Spitze stehen die Verhandlungen über den Stahlwerksverband. Eine Verlängerung auf ein Jahr ist geschlichtet und heute verhandelt man über eine Verlängerung auf 5 Jahre. Anscheinend wird auch diese Verlängerung erst im letzten Augenblicke zustande kommen. Die Werke feilschen bei diesen Verhandlungen wie der Teufel um die arme Seele. Alle sind, wie sie bei jeder Gelegenheit beteuern, „verbandsfreundlich“. Aber sie alle wollen, daß ihnen eine „ihrer Bedeutung entsprechende Stellung“ im Verbande und eine entsprechende Beteiligungsziffer an den Leistungen zugestanden werde. Wie hoch diese Beteiligungsziffer sein soll, darüber sind sich in der Regel die Werke und die Syndikatsleitungen nicht einig. Die Werke verlangen in der Regel eine höhere Beteiligungsziffer, als das Syndikat glaubt zuerkennen zu dürfen. Einige gehen mit Schreckschreien gegen die Verbände vor, indem sie, wie das jetzt kürzlich auf der Generalversammlung des Bochumer Vereins geschah, beteuern, „daß sich für uns Unzuträglichkeiten bemängeln machen, auf deren Beseitigung bei etwaiger Erneuerung des Verbandes hinzuwirken wir im Interesse unseres Werkes für unabwiesbare Pflicht halten.“ Natürlich haben sie alle die feste Absicht, den Verband weiter bestehen zu lassen, aber genau so wie der Pferdehändler, der dem Bauern ein Pferd verkaufen will, immer wieder entrüstet über die Hartnäckigkeit des Bauern abzieht, um sogleich wiederzukehren, so produzieren sie ihre Hartnäckigkeiten auch immer nur bis zum letzten Augenblicke. Wenn daher wiederholt die Auffassung vertreten wird, es sei begründete Ursache gegeben, zu fürchten, daß der Stahlwerksverband nicht wieder zustande kommen werde, so ist demgegenüber eine gute Portion Optimismus sehr angebracht. Die Herren sind sich der Verantwortung, die sie mit der Gründung eines solchen Riesenverbandes und seiner mehrjährigen Einwirkung auf die deutsche Industrie übernommen haben, sehr wohl bewußt und werden dazu auch ihr eigenes Interesse nicht vergessen.

In der letzten Zeit hatten eine Reihe größerer Werke ihre Generalversammlung, so die schon erwähnte Laurahütte, der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, die Dortmunder Union A.-G. für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie und andere. Keine von ihnen bot gegenüber früheren Jahren eine wesentliche Ueberraschung. Die gute Zeit prägt sich auch in den Dividenden aus. Wir geben im folgenden einige Einzelheiten:

Vereinigte Königs- und Laurahütte	12%	10%
Union, A.-G. für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie zu Dortmund	bis D	5
	bis C	2
Wiener Stahlrohrwerke	23	14
Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation Bochum	15	12
Hartfortische Bergwerke und chem. Fabriken	12	11
Kölnener Dynamitfabrik	15	
Sächsische Gußstahlfabrik A.-G. in Döhlen	20	
Aktien-Gesellschaft Sächsische Webstuhlfabrik zu Chemnitz	16	14
Oberbairische Eisenhütten-Gesellschaft	4	2
Eisengießerei und Schloßfabr. Judis	7	6
Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Joh. Zimmermann, Chemnitz	1 1/2	
Schweizer-Köln-Eisenwerke	7	
Häflener Gewerkschaft A.-G.	7	6

Alexanderwerk A. von der Nahmer	7%	7%
Richter & Co., Maschinenfabrik, Leipzig	12	16
Annener Gußstahlwerk A.-G. Unterbilanz	wird	getilgt.
Berliner Elektrizitätswerke	10%	10%
G. Seebach A.-G., Schiffswerft, Maschinenfabrik und Trockendock, Bremerhaven	4	
Mühlbauanstalt Gebr. Sed. Dresden	10	
Gothier Waggonfabrik, vormals Fritze		
Bothmann und Gluck, A.-G. Gotha		
Vorzugsaktien	8	0
Stammaktien	6 1/2	0
Eisenindustrie zu Meinen und Schwerte	6	2

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

Ueber den Arbeitsmarkt in unserer Branche berichtet das Reichsarbeitsblatt für den Monat September folgendes:

Die Arbeitslage in der Metallindustrie war im allgemeinen im September wie in den Vormonaten günstig, die Beschäftigung war meistens noch lebhafter als im vorigen Jahre. Nach den vorliegenden Berichten waren in der Mehrzahl der Betriebe nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden; die Arbeitsverhältnisse waren im allgemeinen normal. Von größeren Arbeitslosigkeit ist der Streik auf dem Hüttenwerk „Roth Erde“ besonders hervorzuheben.

Die Lage auf dem Roheisenmarkt war befriedigend, zum Teil gut. Der Versand war teilweise — so in Oberschlesien — geringer als im August, jedoch größer als im September des Vorjahres. Der in früheren Monaten gemeldete Arbeitermangel ist noch stärker hervorgetreten.

Die Beschäftigung in den Eisengießereien blieb im September durchweg so lebhaft wie in den Vormonaten, stellenweise ist eine weitere Steigerung eingetreten. Vielfach wird Arbeitermangel, besonders an Formern, berichtet. Die Bewegung der Löhne zeigt eine steigende Tendenz. In Esch-Lothringen wurden Löhne bis um 10 Prozent erhöht. Ueberarbeit war oft in größerem Umfang erforderlich.

Auch in den Stahl- und Walzwerken hat der wie selten gute Geschäftsgang unverändert angehalten. Die Beschäftigung war lebhafter als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch hier war oft Ueberarbeit nötig, wurde aber oft von den Arbeitern abgelehnt. Arbeitermangel wird fast ausnahmslos gemeldet. Lohnerhöhungen waren die Regel; die Mehrforderungen der Arbeiter werden mit Steigerung der Lebensmittelpreise, besonders für Fleisch, begründet; die Erhöhungen wurden teilweise in der Form von Steuerzuschlägen, oder in der Form von Prämien für regelmäßig verfahrenen Schichten gewährt.

Die Drahtindustrie war nach wie vor befriedigend beschäftigt; teilweise ist gegenüber dem Vormonat und der gleichen Zeit des Vorjahres eine weitere Verbesserung eingetreten. Auch hier wurden Löhne stellenweise erhöht. Die Arbeitszeit war im allgemeinen die übliche.

Die Beschäftigung in der Kleinereisenindustrie hat sich auf der Höhe der Vormonate erhalten; vielfach wurde mit Ueberstunden gearbeitet. Aus Westdeutschland sowohl wie aus Schlesien werden Lohnerhöhungen berichtet.

Im allgemeinen Maschinenbau war der Eingang an Aufträgen auch im September so lebhaft, daß die Beschäftigung im allgemeinen wie in den Vormonaten als sehr günstig bezeichnet wird. Der Arbeitermangel scheint im ganzen nachgelassen zu haben; ein Ueberangebot war jedoch nirgends bemerkbar. Ueberarbeit war vielfach erforderlich. Die Löhne haben die steigende Tendenz beibehalten.

In der Dampfmaschinenfabrikation war auch in diesem Monat bei sehr lebhafter Beschäftigung Arbeitermangel vorhanden und Ueberarbeit mehrfach erforderlich.

In den Betrieben für Armaturen und Reparaturen von Dampfmaschinen hat die Beschäftigung zwar teilweise gegenüber dem Vormonat nachgelassen, wird jedoch durchweg als lebhaft bezeichnet. Im allgemeinen waren Arbeitskräfte knapp.

Die Beschäftigung in der Fabrikation von Wärmekraftmaschinen war gut wie im Vormonat und im gleichen Monat des Vorjahres, sodaß auch hier Ueberarbeit notwendig war.

Die Werkzeugmaschinenfabrikation war in dem Vierteljahr Juli bis September durchweg sehr gut, mehrfach besser als im vorhergehenden Quartal, und als zur gleichen Zeit des Vorjahres beschäftigt. Vielfach war Ueberarbeit erforderlich, wurde jedoch we-

gen Abneigung der Arbeiter gegen Ueberstunden tunlichst vermieden. Der schon früher vorhandene Mangel an gelernten Arbeitern hat sich verschärft. Die Löhne werden gegenüber dem Vorjahr als um 10 bis 25 Prozent erhöht bezeichnet.

Die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen war nach der Mehrzahl der Berichte weiterhin gut beschäftigt, noch besser als im Vorjahre. Im allgemeinen deckte sich das Arbeitsangebot mit der Nachfrage.

Der Geschäftsgang im Lokomotivbau wird als günstig bezeichnet, sodaß die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg.

Das gleiche gilt von den Maschinenfabriken für die Zuckerindustrie.

Die Fabrikation von Berg- und Hüttenwerkmaschinen hatte andauernd gut zu tun. Vielfach herrschte Arbeitermangel, sodaß die Löhne stellenweise erhöht wurden. Ueberarbeit war auch hier notwendig.

Im Maschinenbau für die Textilindustrie war die Arbeitslage im allgemeinen ebenso gut wie im Vormonat und vielfach besser als im Vorjahre. Nähmaschinenfabriken waren erheblich besser als im Vorjahre beschäftigt. Hier werden Lohnerhöhungen gemeldet. Die Arbeitszeit war im allgemeinen normal.

Der Beschäftigungsgrad in der Industrie für Hebezeuge und Transportanlagen war überall lebhaft, teilweise stärker, teilweise geringer als im Vormonat. Im allgemeinen waren genügend Arbeitskräfte vorhanden.

Der Eisenhoch- und Brückenbau waren andauernd gut beschäftigt, sodaß hier Ueberstunden die Regel waren. Arbeitskräfte fehlten vielfach.

Im Lokomotivbau blieb der Geschäftsgang auch im September lebhaft, ungefähr ebenso, teilweise lebhafter, wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Geringe Ueberarbeit war stellenweise erforderlich. Im allgemeinen entsprach das Arbeitsangebot der Nachfrage.

Der Beschäftigungsgrad im Eisenbahnwagenbau wird allgemein als gut bezeichnet, sodaß meistens Arbeitermangel vorlag. Ueberstunden wurden auch hier eingelegt und die Löhne teilweise erhöht.

Ausländische Arbeiter.

Auf die Bedeutung dieser Frage für die deutsche Arbeiterenschaft haben wir schon wiederholt in unserem Organ hingewiesen. Innerhalb unserer Arbeiterenschaft wird die Konkurrenz der Ausländischen auch immer fühlbarer, je mehr auf der anderen Seite die Lebensmittelerhöhung sich noch fortwährend in aufsteigender Linie bewegt. Bei der augenblicklichen hochgehenden Konjunktur in der deutschen Industrie wird der Zustrom ausländischer Arbeiter naturgemäß noch immer stärker. Beachtenswertes Material zur Ausländerfrage bringt die „Soziale Praxis“ in Nr. 51. Nach ihren Angaben steigerte sich gemäß der amtlichen Statistik über die Auswanderung der Zustrom von Italienern nach Deutschland von 55 049 Personen im Jahre 1904 auf 71 624 im Jahre 1905.

Wegen Arbeitermangel in den ober-schlesischen Belegstellen stellte die Verwaltung von in Bärre Italiener ein. — Auf der Rombacher Hütte in Lothringen wurden am 25. August 200 italienische Arbeiter, die in den Streik eintraten, abgeleert. — Die mit den Sanifikationsarbeiten in Mes beschäftigten Arbeiter — meistens Italiener — waren in eine Lohnbewegung getreten, die Polizei wies die Führer der Streikenden sofort aus. Wer nicht bis Mittag 1 Uhr des Tages, an dem der Streik inszeniert wurde, wieder zu arbeiten anfing, wurde ebenfalls mit Ausweisung bedroht. — Die „Deutsche Arbeitgeber Zeitung“ meldet:

Braunschweig, 9. August. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe erhielt heute früh den zweiten Transport ausländischer Bauhandwerker und Bahnarbeiter (74 Mann), welche wiederum durch das Entgegenkommen der Ziegeleien in denselben Unterkunft fanden. Der Transport wurde durch 20 mit Revolvern bewaffnete Schutzleute vor Belästigungen durch die Streikenden geschützt. Ein weiterer Transport wird in Kürze erwartet.

Um den immer fühlbarer werdenden Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern abzuwehren, hat die deutsche Feldarbeiter-Zentrale in Myslowitz durch Vermittelung der russischen Botschaft in Berlin die Genehmigung des Generalgouverneurs von Warschau zur Anwerbung russischer Arbeiter aus Polen für die deutsche Landwirtschaft nachgeprüft und für ganz Rußland-Voten erhalten. — Der kürzlich veröffentlichte Medizinbericht des preussischen Gesundheitsamtes für das Jahr 1904 schreibt über den Gesundheitszustand der ausländischen Arbeiter:

Weit gefährlicher als die inländischen sind aber noch die ausländischen Arbeiter für die Verbreitung an-

stehender Krankheiten. Die aus Frankreich und Oesterreich stammenden kommen als Ueberträger von Pocken, Fleckfieber, Typhus, Granulose, Brind und Krätze in Betracht, die Italiener namentlich als Typhusverbreiter, die holländischen und belgischen Gruben- und Ziegelarbeiter als Träger der Wurmkrankheit. Für die Arbeitgeber, die ausländische polnische Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigen, besteht seit einer Reihe von Jahren die Vorschrift, daß sie die Zugewanderten drei Tagen nach dem Eintreffen auf ihren Gesundheitszustand ärztlich untersuchen lassen, Kranke in Behandlung geben oder in ihre Heimat zurückzuführen und die Schutzpockenimpfung der nicht natürlich Gebluteten und der nicht nachweislich Geimpften, d. h. Impfnarben Aufweisenden, vorzunehmen lassen.

So wurden unter anderem im Regierungsbezirk Breslau von 13 593 Sachseugängern 6838 geimpft, von 2406 im Regierungsbezirk Köslin 762. In den beiden Bezirken wurden 60 bzw. 14 Fälle von Granulose bei der Untersuchung der Sachseugänger entdeckt. Auch sonst wurden Granulosekranken oft unter ihnen gefunden, so im Mansfelder Gebirgskreis des Regierungsbezirks Merseburg 32, während im Kreise Bitterfeld ein Drittel der Arbeiter an Granulose gelitten haben soll. Sehr nötig ist es, daß die untersuchenden Ärzte genau die Granulose kennen; im Regierungsbezirk Köslin fand ein Kreisarzt bei Nachuntersuchung von Schmittern 6 Granulosefälle bei Leuten, die ein ärztliches Attest vorwiesen. Pockeneinschleppungen durch ausländische Arbeiter wurden in den Regierungsbezirken Breslau, Liegnitz und Hannover beobachtet. Typhuseinschleppungen in den Regierungsbezirken Hannover, Osnabrück, Breslau und Merseburg. Im Regierungsbezirk Köslin wurde Typhus von der einheimischen Bevölkerung auf polnische Schmittern übertragen, die in ihrer unreinlichen Lebensweise zur Verbreitung der Krankheit besonders beitragen. Krätze und Ungeziefere waren sehr häufige Befunde. Zu den Zeiten der größten Zuwanderung der Leute ist es schwer, sie gesundheitsgemäß und ohne Ueberfüllung der Räume bis zur Weiterreise an die Arbeitsorte einzuquartieren. Aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden wird betont, wie die Wanderarbeiter auf dem Lande die fast alleinigen Träger der Syphilis sind.

Man vergleiche dazu folgende Notiz aus dem Lohnkampf der Stettiner Hafenarbeiter:

In einer Versammlung der Streikenden stellte ein Redner die strenge Kontrolle beim Import von Schlachtwieh, in Parallele zu der Einführung ausländischer Arbeitswilliger. Während man an den Grenzstationen das Schlachtwieh streng auf seine Gesundheit hin untersucht, um Ansteckung des heimischen Viehes vorzubeugen, würden die Arbeitswilligen, auch wenn sie aus notorisch verunreinigten Gegenden kämen, auf ihre Gesundheit garnicht oder nur oberflächlich untersucht. Hierin liege entschieden eine Gefahr für die einheimischen Arbeiter.

Ferner ergaben amtliche Feststellungen in Lothringen, daß die Verluste einzelner dortiger Unternehmer, beim Arbeitermangel und den erhöhten Lohnforderungen durch das Einstellen von galizischen Arbeitern und Arbeiterinnen entgegenzuwirken, infolge der niedrigeren sozialen Lage dieser Fremdlinge, ihrer meist geringeren Leistungsfähigkeit, ihrer andersartigen Lebensweise und ihrer vielen kirchlichen Festtage mit einem Mißerfolge geendet haben.

In einem Vortrage über „Industrielle Ansiedelung“ erklärte kürzlich der Amtsrichter Dr. Loeffelmann auf Grund seiner Erfahrungen mit polnischen Händcherei-Arbeitern und Arbeiterinnen in Schlutup:

„Da habe ich mich entsetzt über den intellektuellen und moralischen Tiefstand dieser Leute, nicht gerade jedes einzelnen, sondern des ganzen Schlags. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß ein Abgrund sie trennt von unseren biederen Landeseingesessenen.“

In einem früheren Aufsatz hatte die „Soz. Praxis“ auf die Gefährdung des Deutschlands durch den Massen-zuzug ausländischer Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hingewiesen. In einer Erwiedrung des bergbäuerlichen Vereins wird dem entgegen getreten.

Die Zuwanderer aus den ostelbischen Provinzen sollen nach der Darstellung des Bergbauvereins keine so schmerzliche Bedrohung des deutschen Elements in der rheinisch-westfälischen Bergarbeiterenschaft bedeuten, wie unter Aufsicht befürchten läßt. Nach der letzten Erhebung über die Muttersprache der aus Ostdeutschland Zugewanderten soll etwas mehr als die Hälfte sich als deutschsprachig ausweisen haben. Diese Erhebung fand aber 1893 statt. Nach einer Mitteilung, die uns aus sachkundigen Kreisen des Bergreviers Oberhausen-Duisburg zugeht, befanden sich letzthin unter der Gesamtbelegschaft von 30 000 Mann allein 14 269, also 48% fremdsprachige Arbeiter. Daß von ihnen 62% angeblich deutsch lesen und sprechen können, will natürlich, da die deutsche Volksschule den Polen im Osten zwangsweise die deutsche Sprache beibringt, nichts belegen. Auch haben die Zuwanderer ein Interesse daran, sich als des Deutschen kundig auszuweisen, da die

Bergpolizei bekanntlich diesen Nachweis als Voraussetzung für ihre Beibehaltung vorschreibt. Das jene Arbeiter aber fast durchweg Nationalpolen sind, zeigt die großartige politische Bewegung dieser Elemente im Ruhrrevier, die in Herne, Bochum, Recklinghausen, Dausau einige Kandidaten für die Kommunalwahlen aufstellten, und das Wachstum des polnischen Bergarbeitervereins. Von sozialpolitischen Standpunkt ist der gewerkschaftlichen Organisation der Zuwanderer immerhin ein günstiges Moment abzugewinnen, da sie auf diese Weise ihre anfängliche Eigenhaft als Lohnrückler abtun und wohl auch im ganzen kulturell dadurch gehoben werden. Ueber diese Seite des Problems führte Dr. Brauns (W.-Glabbach) in einer Arbeiterversammlung gelegentlich des Essener Katholikentages aus (R.-Ztg. 891):

Die fremden Arbeiter kommen nicht mit der geistigen Bildung unserer eingewanderten Bergleute zu uns, und sittlich stehen sie leider vielfach auch nicht auf der Höhe, wodurch auch die einheimische Bevölkerung mehr und mehr angeleert wird. Diese fremden Elemente haben auch nicht das richtige Verständnis für die organisatorischen Aufgaben der Gegenwart. Hätten wir nur eingewanderte, einheimische Bergleute, dann hätten wir heute sicherlich auch die Anerkennung der Arbeiterausschüsse. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die Arbeiter in den anderen Berufen den Bergleuten vielfach vorausgekommen sind.

Der Zuzug der Polen dauert fort. Im „Neu-ostmischer Tageblatt“ sucht die Gewerkschaft König Ludwig-Recklinghausen mehrere hundert kräftige Arbeiter für den Gruben- und Tagesbetrieb. Zu den Anträgen des Inspektors über die „durchschnittlichen“ Löhne von 5,21 Mk. bemerkt die „Bergarbeiter Zeitung“:

Das Rechnungsbuch mit den Durchschnittslöhnen schließt nicht aus, daß Häner auch nur 4 Mk. verdienen. Von 900 kürzlich hergelockten Oesterreichern hätte der größte Teil der Beche bereits wieder abgetan. Würde die Beche das Gebinde erhöhen, dann würden sich einheimische Arbeiter genug finden und man brauche nicht erst solche in Polen zu suchen.

Oesterreichische und böhmische Arbeiter werden neben den Polen vielfach herangezogen. Aus dem Streikgebiet des Preizer Kohlenvereins wurde gemeldet, daß man die ausländischen Bergleute für die deutschen Bergwerke anzuwerben sucht. Allerdings sehen sich diese böhmischen Zuwanderer im Ruhrrevier gelegentlich auch in ihren Erwartungen getäuscht. Auf einer Beche verlangten sie sich, den uns vorliegenden Arbeitsvertrag zu unterschreiben, der zwar für die „regelmäßig“ arbeitenden Kohlenhäner, auch für solche, die sich erst einlernen müssen, 5,60 Mk. Schichtlohn vorsieht, aber daneben Klauseln enthält, die die Handhabung des Vertrages ganz dem Ermessen des Betriebsführers anheimstellen.

Wir haben wiederholt betont daß wir den ausländischen Arbeitern auch Arbeit und Verdienst in Deutschland gönnen, nur dagegen müssen wir uns mit aller Energie zur Wehr setzen, daß man dieselben nur als Lohnrückler nach Deutschland hereinholt, oft sogar unter Vorwahrung hoher Löhne die ihnen dann nicht gezahlt werden. Der deutsche Arbeiter, der die ganze Last für ein Vaterland in Friedens- wie Kriegszeiten zu tragen hat, kann verlangen nachdem man die Produkte durch Fülle verteuert, nicht zugleich durch Massenimport ausländischer Arbeiter in doppelter Weise seine Lebenshaltung erschwert zu sehen. „Schutz der nationalen Arbeit“ sei auch in diesem Punkte die Lösung.

Bedauerliche Nachklänge zum Streik auf „Rote Erde“.

Raum war der Streik auf Rote Erde zu Ende und zwar dank der Hirsch-Dunder'schen Unfähigkeit, ohne Erfolg für die beteiligten Hüttenarbeiter, da die Arbeit wieder aufgenommen werden mußte auf Grund der Zugeständnisse der Direktion vom 2. August — also schon vor etwa 14 Tagen, begannen die Hirsch-Dunderianer einen widerlichen Agitationsfeldzug gegen unsern Verband und seine Führer, der alle bisher von Hirsch-Dunder'scher Seite vollführten „Heldentaten“ weit in den Schatten stellt.

Die Hirsch-Dunder'schen Führer, die vor dem Streik auf Rote Erde bei Aachen so gewaltig die Mut entwickelten, nachher aber durch die erlittenen Niederlage ihre ganze Ohnmacht und Unfähigkeit vor der Öffentlichkeit eingestehen mußten, sind durch die Kritik, die von christlicher Seite daher mit Recht an ihrem arbeiterverräterischen Treiben geübt wurde, ganz aus dem Häuschen geraten und gebärden sich in Versammlungen und Flugblätter wie Wilde. Auf ein Flugblatt unserer örtlichen Verbandsleitung in Aachen, wo das Gebahren der Hirsch-Dunder'schen Zeitung mit Recht gebrandmarkt wurde, haben diese Herren in 8-Flugblatt herausgegeben, daß an Lügen und

Verleumdungen gegen unseren Verband geradezu Unglaubliches leistet. In dem Endblatt wird von der „Teufelsfrage“ geredet, ferner: „Wie jeder Ganner sich eine Hauptmannsuniform anziehen kann, so kann jedes christliche Verbändchen von großen Erfolgen auf dem Papier berichten.“ Die Hirsch-Dunder'schen Strategen bringen es sogar fertig, in dem Flugblatt die Niederlage auf Rote Erde in einen „Erfolg“ umzulügen. Der Reihe nach werden diese „Erfolge“ aufgezählt.

Hierüber lange zu streiten, halten wir für gänzlich überflüssig, das Urteil darüber dürfen wir getrost den beteiligten Arbeitern selbst und der großen Öffentlichkeit überlassen. Wir beschränken uns darauf, die Grundlagen mitzuteilen, auf Grund dessen die Arbeit aufgenommen wurde. Sie lauten:

„Die Unterredung des Vorstandes der Hütte mit den 4 Vertretern der Arbeiterschaft hatte folgendes Ergebnis:

Die Arbeiter teilten der Direktion mit, daß sie von der Arbeiterschaft ermächtigt seien, zu erklären, daß diese sich nunmehr auf den Boden des Anschlages der Hütte vom 2. August gestellt habe, demgemäß alle Lohnforderungen zurückziehe und die Arbeit sobald als möglich wieder aufzunehmen wünsche.

Darauf erklärte seinerseits der Vorstand, daß er an den in dem gleichen Anschlage vom 2. August gemachten Zugeständnissen festhalte, daß er außerdem bei Wiedereinstellung der Arbeiter von der zuerst geforderten ärztlichen Untersuchung absehen wolle, und daß er endlich bis auf weiteres nach Wiederaufnahme der Arbeit die 4 gegenwärtigen Arbeitervertreter weiter empfangen wolle, um allensalfige kleinere Wünsche der Arbeiterschaft entgegenzunehmen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit, wird nun in der Weise erfolgen, daß zunächst Ofen-, Walzwerks- und Maschinen-Personale der Walzwerke sich zur Annahme vorstellen. Sobald es dann feststeht, daß die Walzwerke wieder den vollen Betrieb aufnehmen können, werden die übrigen Abteilungen aufgenommen, und zwar so rasch, als dieses tunlich erscheint.

Alle Arbeiter, mit Ausnahme von 4, werden wieder eingestellt, falls sie sich innerhalb der nächsten 8 Tage zur Wiederaufnahme der Arbeit melden.

Aachen-Rote Erde, den 18. Oktober 1906.“

Bei der chronischen Armut an gewerkschaftlicher Arbeit und wirklichen Erfolgen müssen sich diese großen Helden schon an Niederlagen anklammern, dieselben in „Erfolge“ umschwindeln, um doch auch etwas auf dem Gewerkschaftsmarkt als billiger Jakob anpreisen zu können.

„Es ist un wahr,“ so wird in dem Schwindelflugblatt behauptet, daß der Hirsch-D. Verband so niedrige Unterstützungen bezahlt habe. Dabei können die Leute aber nicht abläugnen, daß sie entgegen ihrem eigenen ursprünglichen Verlangen und Versprechen, keine „Bettelstift“ herauszugeben, nachher dieses doch getan haben. Der Grund ist ja sehr durchsichtig: die H.-D. Prachthanse glaubten, der Streik würde nur ein paar Tage dauern und als dieses nicht eintraf, da wurden sie durch ihre Finanznot dazu gezwungen, auf den Bettel zu gehen. Jetzt, nachdem der Kampf infolge der Ohnmacht der Hirsch-D. abgebrochen ist, prahlen sie wieder mit ihrem Geldbeutel.

Wie es in Wirklichkeit mit den Unterstützungen bei ihnen ausgesehen hat, darüber haben wir schon in Nr. 43 unseres Organs berichtet und werden noch weiter darauf zurückkommen.

Mit welcher Gewissenlosigkeit und Unfähigkeit die H.-D. Feindherren auf Rote Erde vorgegangen sind wird durch ihre eigenen Aussagen bestätigt.

In einer in Köln am Mittwoch, dem 24. Oktober, im Arnialpalast stattgefundenen öffentlichen Versammlung, in welcher der Hirsch-Dunder'sche Herr Hartmann in einstündiger Rede die Ausführungen des Referenten Areg zu widerlegen versuchte, erklärte derselbe:

„Ich gebe zu, daß ich in den Versammlungen vor dem Streik gesagt habe: „Leute, seid doch nicht so ängstlich, höchstens drei Tage dauert der Streik, dann muß die Hütte nachgeben. Daß es schwierig ist, auf großen Werken zu streiken, mußte ich, aber ich durfte den Arbeitern nicht die Wahrheit sagen, sonst wären sie nicht in den Streik eingetreten.“

„Man weiß, wie schwer es ist, Hüttenarbeiter zu einem Kampfe zu bringen, aber mir ist es gelungen.“

In der Tat, dem Herrn Hartmann ist es „gelungen,“ die Arbeiter in den Kampf zu treiben; daß er sich hierzu jedoch der bewußten Unwahrheit, der Lüge bediente, mögen sich die Arbeiter merken. Müßten die Hüttenarbeiter unter großen Entbehrungen den unwichtigen Kampf mit einer vollständigen Niederlage abbrechen, so dürfen sie hierfür lediglich dem Herrn Hartmann danken.

„Ich bin stolz darauf, die Arbeiter in den Kampf gebracht zu haben,“ so rühmte sich Herr Hartmann. „Stolz“ darf er von sich sagen, daß er die Hüttenarbeiterschaft zu einer schweren Niederlage gebracht hat. Was Geistes Kind Herr Hartmann ist, zeigt seine in dieser Versammlung zum besten gegebene Ansicht:

„da es auch einmal gut sei, daß die Arbeiter seitens der Arbeitgeber ausgesperrt würden, weil sie dadurch zur Organisation getrieben würden.“

Also bestätigt dieser „Strategie“, daß er lediglich aus Heißhunger nach Mitgliedern diesen Streik inszeniert hat. Als dem Herrn Hartmann das Werkliche seiner Handlungsweise vorgehalten wurde, meinte er „naiv“: „Ja, die Christlichen hätten mir vor dem Streik ja abraten können, dann wäre es vielleicht nicht so weit gekommen.“

Hartmann scheint an einer fürchterlichen Gedächtnischwäche zu leiden, denn bereits vor 2 Jahren waren es die Führer, des christlichen Verbandes, die von einem Streik auf dem Hüttenwerk abrieten, weil die Vergangenheit bestätigt hatte, daß die von den christlichen Führern eingeschlagene Taktik von Erfolg begleitet war. Hartmann und nicht in letzter Linie sein Freund Chytil aus Duisburg beschimpften damals die christlichen Führer als Bremser, ja als gekaufte Söldlinge der Hütte, und doch mußte Chytil in Nr. 42 des „Regulator“, Organ des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins, vom 19. Oktober 1906 in einer Darlegung der Verhältnisse in der Hüttenindustrie gestehen: „Eine Besserung auf all diesen Gebieten ist aber nur durch eine Kritik zu erzielen.“

Ihr Hüttenarbeiter, merkt euch die Tatsache: Schon vor 2 Jahren erreichte der christliche Metallarbeiterverband durch diese Kritik für die Arbeiter des Hüttenwerkes Rothe Erde jährlich 51 410 Mark Lohnerhöhung, 72 000 Stunden Arbeitsverkürzung, Verbesserung der Pausen, der sanitären Einrichtungen und bessere Behandlung.

Das alles ohne Kampf, ohne die Entbehrungen eines langen Streiks und ohne deshalb ein ohrenbetäubendes Geschrei zu erheben, wie es jetzt die Hirsch-Dunder'schen Helden getan haben.

Al ihr Getue nützt ihnen nichts. Durch ihr arbeiterverräterisches Verhalten sind nicht nur den Mitgliedern anderer Organisationen die Augen geöffnet worden, sondern auch das Vertrauen ihrer eigenen Mitglieder zu ihnen ist geschwunden.

Das beweisen die stetig steigenden Uebertritte der Hüttenarbeiter Aachens aus dem Hirsch-Dunder'schen Verband in unsern Verband.

Um nun die Unzufriedenheit ihrer Mitglieder auf andere Dinge abzulenken, haben die Hirsch-Dunder'schen Führer eine regelrechte Hege gegen die christlichen Gewerkschaften in Szene gesetzt. Zunächst wurde mit einer Spengerkolonie eine christliche Versammlung unseres Verbandes in Aachen zur Auflösung gebracht. Die Herren scheuten sich nicht, offen zu erklären in einer anderen Versammlung, daß sie mit diesen ausgesprochenen Zweck in die Versammlung hineingelommen seien und ihren Zweck erreicht hätten. Sogar vor direkten Fälschungen scheuten diese Aachener Führer nicht zurück. In einer am 25. Oktober in Aachen stattgefundenen Versammlung, in der Kollege Klost referierte, wurde ein Hirsch-Dunder'scher Agitator auf einer unglaublich dreisten Fälschung ertappt und entlarvt.

Ein Versammlungsbericht des „Aachener Volksfreund“ sollte diesem Agitator, H. H. heißt der treffliche Mann, dazu dienen, die „Arbeiterfeindschaft“ der christlichen Gewerkschaften nachzuweisen.

Der von Herrn Hoch aus dem Bericht des „Volksfreunds“ gefälschte Satz lautete in Wirklichkeit:

„... Erfüllt das Bezirkskartell seine Aufgabe und führt es sie in der rechten Weise durch — und das wird wesentlich abhängen von der Person, die an seine Spitze gestellt wird —, so wird die auf christlichem und nationalem Boden stehende Arbeiterschaft des Aachener Bezirks als eine festgeschlossene soziale Macht dastehen, die imstande ist, allen Versuchen, die aufwärts-

strebende Arbeiterbewegung nieder zu halten, zu begegnen und die Propaganda des Umsturzes, die nur zum Schaden der Arbeiterschaft ausschlagen muß, abzuwehren. . . .

Herr Hoch machte daraus und las ganz unvertoren:

„so wird die auf christlichem und nationalem Boden stehende Arbeiterschaft des Aachener Bezirks als eine festgeschlossene soziale Macht bestehen, die in der Lage ist, alle Versuche der aufwärtstrebenden Arbeiterbewegung niederzukühen.“

Bei diesen Worten brach Herr Hoch ab, nachdem er „einige kleine Veränderungen“ der Satzstellung vorgenommen. Er wollte eben die Meinung erwecken, als habe der „Volksfreund“ die christlichen Gewerkschaften als Mittel zur Niederhaltung der aufwärtstrebenden Arbeiterbewegung bezeichnet; er wollte den verhassten „Volksfreund“ und die christlichen Gewerkschaften zugleich treffen. Die Versammlung war anfangs starr; denn der wahrheitsliebende Herr Hoch brachte sein Fälscherstück mit einer Seelenruhe vor, die sogar dem Hauptmann von Köpenick Ehre gemacht hätte. Als Herr Hoch aber gezwungen war, weiter zu lesen, da war Herr Hoch entlarvt und gerichtet. Dieser geniale Fälscherstück schließt sich den Streichen der Herren Hartmann und Erkelenz würdig an.

Was man von Leuten aus der Erkelenz'schen Schule zu erwarten hat, darüber dürfte die Deffentlichkeit heute vollständig klar sein. Die „Metallarbeiterzeitung“ als auch die sozialistische Presse war kürzlich in der Lage, ein vertrauliches Zirkular des großen Erkelenz zu veröffentlichen, worin derselbe einen Rechtfertigungsversuch unternahm gegen den Hauptvorstand des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter.

Bekanntlich hatte die Ortsgruppe des Düsseldorf'schen Ortsvereins der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft im Mai dieses Jahres als die allgemeine Metallarbeiterausperrung drohte, eine Resolution gefaßt, die in der Deffentlichkeit den Anschein erwecken sollte, als ob die Hirsch-Dundersianer sich solidarisch mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband erklärten.

Der Hauptvorstand schüttelte in einer Erklärung dieses Vorgehen ab. Nun schreibt Erkelenz in seinem erwähnten Rechtfertigungsschreiben über seine damaligen Pläne und Absichten unter anderem:

1. Es kommt nicht zur Aussperrung, weil die Organisation der Unternehmer heute noch nicht fest genug ist, um über ganz Deutschland eine Aussperrung vorzunehmen.
2. Es kommt nicht zur Aussperrung, weil der Metallarbeiterverband vorher zu Kreuze kriechen wird.
3. Die Aussperrungsandrohung kommt uns in agitatorischer Hinsicht gelegen, weil sie die nötige Stimmung zu einer Beitragserhöhung erzeugt.
4. Die Gelegenheit ist günstig, den Metallarbeiterverband schwach zu setzen; da er zu Kreuze kriechen wird, ist es unsere Aufgabe, tunlichst radikal aufzutreten, um den Metallarbeiterverband in den Augen der Deffentlichkeit als schwächlich, die Gewerkschaften als stark erscheinen zu lassen.
5. Um die Verlegenheit des Metallarbeiterverbandes noch zu vergrößern, haben wir noch in einer Reihe von Betrieben zum Streik zu drängen, wo der Metallarbeiterverband nicht streiken will.

Wer sich die Mühe macht, nach diesen Gesichtspunkten unser Verhalten zur Metallarbeiterausperrung zu würdigen, dürfte genötigt sein, seinen früheren Widerspruch gegen uns zurückzuziehen. Es ist uns nicht im Traume eingefallen, uns mit dem Metallarbeiterverband solidarisch zu erklären; keine Zeile in der Düsseldorf'schen Resolution verlangt das. Unsere Hauptaufgabe erblicken wir darin, dem Metallarbeiterverband Schwierigkeiten zu machen.

Ein Eckel erfaßt mich vor solcher Taktik, kann man hier ausrufen und nach solchen Belehrungen verfährt man im Aachener Bezirk gegen unsern Verband, wie die dreisten Schwindelkünstler bewirken. Und solche Menschen haben dann auch noch den traurigen Mut, 3-Augenblätter herauszugeben mit der Ueberschrift: Du sollst nicht falsches Zeugnis geben — Höher kann wahrlich die Charakterlosigkeit und Heuchelei nicht mehr getrieben werden.

So mit Fälschungen und Verleumdungen allzu ist die Kampfesweise der H.-D. Strategen noch nicht erschöpft. Am 1. Nov. hat in Köln eine Versammlung stattgefunden, wo diese Elemente zu Tätlichkeiten gegen die anwesenden christlichen Arbeiter übergegangen sind. Darüber wird berichtet:

Im Krystall-Palast fand eine vom Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften einberufene öffentliche Versammlung statt, die vorwiegend von Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften besucht war. Das Referat über „Schlechte Handlungsweise des Christlichen Metallarbeiterverbandes bei der Bewegung auf Rote Erde“ erstattete Herr Chylik-Duisburg. Zwei Stunden lang erging er sich in steten Wiederholungen und heftigen Ausfällen gegen den Christlichen Verband und seine Führer. „Herunter mit der Maske!“ war sein Schlagwort, das mit einem tausendfachen Pfui von der übergroßen Mehrzahl der Anwesenden beantwortet wurde. In der Diskussion sprach zunächst Kollege Schmitz-Köln (früher Aachen). Derselbe wies an der Hand der Tatsachen nach, daß das Verhalten der Hirsch-Dunderschen Führer vor und während der Bewegung an dem Ausgange die Schuld trage. Zum Schluß seiner Ausführungen brachte Schmitz folgende Resolution ein:

„Die am 2. November 106 in Köln im Krystall-Palast tagende, vom Gewerkschaften der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter H.-D. einberufene öffentliche Versammlung erklärt, daß die Niederlage der Arbeiter im Kampf auf dem Hüttenwerk Rote Erde bei Aachen lediglich auf die Ohnmacht der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die schlechte Handlungsweise von deren Führern zurückzuführen sei.

Dem christlichen Metallarbeiter-Verbande, der seit langem mit Erfolg für die Aufbesserung der Verhältnisse der Hütten- und Metallarbeiter eingetreten ist, zollt die Versammlung alle Anerkennung, und verspricht die Versammelten, mit aller Energie für die Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes Sorge zu tragen.“

Als Schmitz die Erwartung aussprach, daß der Vorstand über die Resolution abstimmen lassen werde, wurde ihm vom Vorstandsvorsitzenden zugerufen: „In den Papierkorb damit!“ Darauf bemerkte Schmitz: „Ja, habe erwartet, daß Sie dazu nicht den Mut besitzen, darum wollen wir schon jetzt eine Probe machen, ob die Versammlung mit der Resolution einverstanden ist. Wer dafür ist, möge eine Hand erheben!“ Die ganz überwiegende Mehrheit der Versammelten erhob die Hand. Eine Ausnahme machten nur die um den Vorstandsvorsitzenden gruppierten Hirsch-Dunders, deren Zahl 50 nicht überstieg. Als Chylik diesen Ausgang der Versammlung erfaßt hatte, stieg er auf seinen Stuhl und schloß die Versammlung, ohne die anderen Diskussionsredner zu Worte kommen zu lassen. Andauernd schrie er: Hoch der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften!

Ein Grund, die Versammlung vorzeitig zu schließen, lag nicht vor, weil die christlichen Arbeiter eine geradezu musterartige Ruhe bewahrt hatten. Bloß Herr Hartmann-Aachen hielt während der Rede des Herrn Schmitz inmitten des Saales eine Sonderversammlung ab und provozierte die christlichen Arbeiter in seiner Nähe. Während der Hochrufe des Herrn Chylik drängte die Masse nach dem Vorstandsvorsitzenden und protestierte gegen den vorzeitigen Schluß der Versammlung. Kollege Werner forderte die Anwesenden auf, auf ihren Plätzen zu bleiben und die Ruhe zu bewahren. Mit einem Hoch auf den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband schloß er seine Mahnung und forderte nochmals auf, in Ruhe den Saal zu verlassen. Die meisten folgten der Aufforderung, nur wenige blieben zurück, veranlaßt durch das andauernde Schimpfen der Freunde der Herren Hartmann und Chylik. Herr Chylik stieg auf den Tisch und nahm eine drohende Stellung ein. Sein Freund Sander aus Binsg, sprang vom Tische und faßte einen der zurückgebliebenen Arbeiter an. Der Angegriffene setzte sich zur Wehr, worauf aus der Ecke der Hirsch-Dunders Gläser, Stühle usw. geflogen kamen. Es entspann sich eine regelrechte Kauferei, die durch das Eintreten der christlichen Führer noch brennender wurde, ehe die Polizei kam und den Teilbestand aufnahm.

Soweit sind diese Leute also schon gesunken, daß sie in Ermangelung anderer Geisteswaffen zu Tätlichkeiten übergehen und Gläser und Stühle dazu benutzen, um den Gegner zu bekämpfen. Das hat allerdings Erkelenz in seinem Zirkular nicht verlangt, oder sollte vielleicht noch ein anderes bestehen, das bisher der Deffentlichkeit noch vorenthalten blieb?

Aber eine andere Zeitung brachte Herr Erkelenz fertig: Flugs war er bei der Hand, die Provokationen und Schlagfertigkeiten seiner Anhänger in das Gegenteil umzufälschen und in einem Massenflugblatt betitelt:

„Moderne Märtyrer — Christliche Howdies“ in der schändlichsten Weise die Wahrheit auf den Kopf zu stellen und die christlichen Arbeiter als die Urheber und Uebertäter, die christlichen Führer als Händelstücker hinzustellen.

Wenn die Hirsch-Dunderschen Strategen nun glauben, wir solchen Lügen die Aufmerksamkeit von

ihrer Ohnmacht und Unfähigkeit bei dem Kampfe auf Rote Erde ablenken zu können, so dürften sie doch schwer im Irrtum sein. Jeder auch nur halbwegs Denkende hat hier erkennen müssen, daß diese Organisation zur Vertretung der Interessen der Hüttenarbeiter vollständig unfähig ist.

Sehr bezeichnend ist es, daß die sozdem. Rheinische Zeitung in Köln, soast eine verbissene Feindin der H.-D., den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um die Ernte der H.-D. Saat einzubeheimen. In Nr. 254 bringt das Kölner Soziblatt einen langen Artikel, worin den Hirsch-Dunders freundschaftliche Handlangerdienste bei ihrem Verleumdungsfeldzug gegen den christl. Metallarbeiterverband geleistet wird. Diese Bundesgenossenschaft gönnen wir den Hirsch-D. „Helden“ Je eher die doch einmal unvermeidliche Fusion der H.-D. mit den soziald. Gewerkschaften vor sich gehen wird, um so besser.

Der Hirsch-Dundersche Verband geht den Krebengang. Gemäß den Angaben im Reichsarbeitsblatt ist er um 1426 Mitglieder zurückgegangen. Und das trotzdem dieser Verband in letzter Zeit eine Menge Beamte anstellt und große Summen zur Agitation verwandt hat, trotzdem in dieser Zeit auch noch viele Bewegungen in der Metallindustrie vorhanden waren.

Der Ausgang des Kampfes auf Rote Erde ist im Interesse der armen gedrückten Arbeiter sehr zu beklagen. Bei der gegenwärtig herrschenden Teuerung hätten sie eine Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse um so notwendiger gehabt. Die Leitung der Hütte hätte die geforderte Lohnhöhung ohne jedwede Schädigung des Betriebes bewilligen können, wenn nur soziales Verständnis vorhanden gewesen wäre. Der schroff ablehnende Prozenstandpunkt der Hüttenleitung hat einen Frieden von langer Dauer zur Unmöglichkeit gemacht, der Kampf kann unter solchen Bedingungen nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben sein. Nur einer ist mit diesem Ausgang zufrieden, nämlich die Sozialdemokratie. Sie ist durch das Verhalten der Hüttenleitung bemüht, die Ernte einzubeheimen. Das wird ihr aber nicht gelingen.

Unser Verband hat, wie er stets bereit dazu ist, ohne Hintergedanken mit den anderen Organisationen gemeinsame Sache gemacht. Seine Pflicht aber ist es, solche haarsträubenden Dummheiten und Feindschaften, wie sie hier von den Oberhirsch-Dunders gemacht wurden, einer scharfen Kritik zu unterziehen. Das bedingt das Interesse der schwer benachteiligten Arbeiter. Die Hirsch-Dunderschen haben sich in diesem Kampfe ein unrühmliches, bleibendes Denkmal gesetzt.

Metall- und Hüttenarbeiter! Die Vorgänge vor und während dem Kampfe, die sinnlose Wut unserer Gegner nach demselben, das alles muß euch zeigen, daß der christliche Metallarbeiterverband auf dem rechten Wege ist. In den vielen allein geführten Kämpfen hat er den Beweis erbracht, daß er imstande ist, die Interessen der Metall- und Hüttenarbeiter mit Nachdruck zu vertreten und Erfolge für sie zu erringen. Darum ist und bleibt die Parole: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Soziale und gewerkschaftliche Kundschau.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Die Antwort der Bergbaulichen Vereine an die Siebenerkommission lautete wieder wie früher: „Wir verhandeln nicht.“ Allerdings ist die Antwort in einem viel gemäßigteren Stile wie früher gehalten, — Fortschritt zur Besserung — und verweist die Bergarbeiter mit ihrer Lohnforderung an die Arbeiterausschüsse. Wer hätte das je gedacht, daß die Herrn des Bergbaulichen Vereins die Arbeiterausschüsse mit der Lohnfrage beschäftigt wissen wollten.

Bei Beratung der Bergeseignobelle und auch nach Inkrafttreten derselben wurde stets seitens der Zehngewaltigen in der Deffentlichkeit der Standpunkt vertreten, daß die durch das Gesetz neu geschaffenen Arbeiterausschüsse in der Lohnfrage nichts mitzureden hätten. Durch die jetzige Haltung haben die Herren sich nicht nur selbst widerlegt, sondern ausdrücklich zugestanden, daß die Regelung der Lohnfrage mit zur Kompetenz der Arbeiterausschüsse gehört. Dieses Geständnis ist den Herren aber offensichtlich nur durch die Zwangslage, in der sie sich befanden, abgepreßt worden.

Da nunmehr die Arbeiterausschüsse sich mit der Lohnfrage beschäftigen müssen, so trägt damit der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter einen schönen

Erfolg davon, weil er sich im vergangenen Jahre trotz der Hebe des roten Verbandes, und im Gegensatz zu demselben, an den Arbeiterauswahlfällen beteiligt hat. Dieselbe haben bisher vielerorts auch ohne die Lohnfrage, schon viele Verbesserungen für die Bergarbeiter auf einzelne Schächten durchgebracht. Der sozialdemokratische Verband befindet sich angesichts dieser Sachlage in einer — sich selbst geschaffenen — unerquicklichen Lage.

Auf den Widerspruch, in den sich die Zechenbesitzer mit der Verweigerung der Lohnfrage an die Arbeiterausschüsse gesetzt haben, weist der Abg. Gothein in einer Korrespondenz mit berechtigter Schärfe hin, indem er schreibt:

„Die Sache ist nicht ohne Humor, wenn man sich erinnert, wie die Vertreter der Arbeitgeber im Abgeordnetenhaus die Arbeiterausschüsse bekämpften haben. Sie lassen sich jetzt von ihrer Presse wegen ihrer lokalen Haltung diesen gegenüber loben, aber sie verschweigen, daß dank ihrer Haltung im Abgeordnetenhaus die Arbeiterausschüsse gar nicht befugt sind, die Belegschaft bei Lohnkämpfen zu vertreten; sie dürfen ja nur „Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntnis der Bergwerksbesitzer bringen und sich darüber gutachtlich äußern.“ Mein in Reichstag angenommener, vom Abgeordneten Wolff-Sissa im Abgeordnetenhaus aufgenommener Antrag wollte den Bergarbeiterausschüssen die Befugnis beilegen, für die Belegschaft über Lohnfragen zu verhandeln; er wurde dort mit Hohn abgelehnt, da er „nicht dem Frieden, sondern dem Krieg diene, da er den Arbeiterausschüssen zu einer Kampforganisation mache.“ Und jetzt weist der Bergbauische Verein den Arbeiterausschüssen die Funktionen zu, die sie ihm vor eineinhalb Jahren verweigerten, und die ihnen nun gesetzlich gar nicht zustehen; ja sie müßten von Rechts wegen aufgelöst werden, wenn sie ihre Befugnisse überschreiten. Dieses Selbstbesaßen des Bergbauischen Vereins nach so kurzer Zeit hat etwas Erheiterndes, aber auch etwas Erfreuliches, denn es zeugt von wachsendem sozialen Verständnis.“

Hoffentlich wird das soziale Verständnis der Grubenbesitzer schon so weit gewachsen sein, daß auch für die Bergleute etwas Praktisches dabei herauskommt, ohne daß es zu einem erbitterten Kampf kommt.

Die Siebenerkommission hat auf die Antwort des Bergbauischen Vereins beschlossen, daß die Arbeiterausschüsse in der Lohnfrage sofort Stellung nehmen sollen. Am 9. November soll eine weitere Sitzung über die ferneren Maßnahmen beschließen.

Eine Blamage des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes in Oberstein.

„Die Leute glaubten, dem großen kapitalkräftigen (???) Deutschen Metallarbeiter-Verband beigetreten zu sein mit seinen 300 000 Mitgliedern.“ ???!!!

Durch diesen Ausspruch versuchten die Helben vom sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband nach dem imposanten Kampf der Burbacher Hüttenarbeiter auf die von ihnen hier bergblick gesuchte Dummheit der Masse spekulieren zu können.

Diejenigen Arbeiter, welche an dem Kampfe beteiligt waren, wissen heute sowohl wie vor dem Kampf, daß sie vergeblich auf ihr Koalitionsrecht gewartet hätten, und sicher nicht die 380 000 Mk. mehr Lohn pro Jahr erhalten würden, wenn sie dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angehörien wären, der nicht mehr streifen darf, weil er kein Geld hat, wo es nötig ist.

Diese Tatsache hat sich in Oberstein bei der jetzt zu Erde geführten Bewegung wieder zur Evidenz bewiesen. Oberstein hat die gleiche Industrie wie Pforzheim und Schwab. Gemünd, mit all ihren Schattenseiten der Heimarbeit usw. Seit langem schon gehörten eine größere Anzahl dieser Metallarbeiter dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande an, ohne daß sie ein besonderes Bemühen der Führer zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bemerkt hätten. Da kamen die „bösen“ Christlichen und gründeten ebenfalls eine Ortsgruppe ihres Verbandes. Dieses brachte die Genossen in Bewegung.

Um ihre Schächten nicht zu verlieren, versuchten die roten „Helben“ sie gräflich zu machen, vor dem Christlich-sozialen Metallarbeiterverband. Weil der größte Teil der Arbeiter Obersteins evangelisch ist, mußten vor allen Dingen die „Zentrumsvereine“ herhalten.

In einer christlichen Versammlung, die in Wischenbollenbach stattfand, war es der Genosse

Rohr, der sich berufen fühlte, den bösen Christlichen eine Vernichtungsrede zu halten. Da ihm aber 20 Minuten Redezeit nicht genügten, um seine „Weisheit“ an den Mann zu bringen und die „häßlichen Angriffe“ des Wernerus auf die „freien“ Gewerkschaften zurückzuweisen, nahm der neugebadene Parteisekretär für Lothringen, Genosse Förster, das Wort an seiner Stelle. Statt nun die von Rohr ersehnte Rache an Wernerus zu üben, glaubte dieser Genosse sagen zu müssen, Wernerus habe die „freien“ Gewerkschaften objektiv gewürdigt und wenn sein Genosse Rohr von häßlichen Angriffen rede, so sei dieses nur „auf einen falschen Zungenschlag“ zurückzuführen. Also diese Mittel helfen nicht, auch alle Beschimpfungen in der „Saarwacht“ ließen die christlichen Gewerkschaftler kalt. Der christliche Metallarbeiterverband entwickelte sich langsam aber stetig. Da wurde Alarm geblasen und das ganze Birkenfelder Ländchen hallte wieder von dem Kriegsruf der Genossen.

Auf zur Verbesserung eurer Lage, so klang der Kriegsruf. Nebenher machte man natürlich kräftig im Kampf gegen die christlichen Metallarbeiter.

„Ihr habt kein Geld“. „Wenn wir 20 Prozent Lohnhöhung verlangen, dann fordert Ihr im Interesse der Unternehmer nur 10 Prozent“. „Bei einem Streik erhaltet Ihr keine Unterstützung“, usw. So lauteten die Lügen der Roten.

Der Erfolg dieses Stummels blieb nicht aus. Die Mehrzahl der Arbeiter von Oberstein traten dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bei, in dem Glauben, jetzt werden aber „Millionen“ zur Verfügung stehen. Der Sieg ist jetzt sicher.

Unser Verband sah diesem Treiben nicht untätig zu. Die Ortsgruppe unseres Verbandes war auf 150 Mitglieder angewachsen und für einen eventuellen Kampf gerüstet, auch in der Unterstützungsfrage.

Als die Forderungen der Arbeiter formuliert und der Zeitpunkt, sie einzureichen, herangekommen war, boten die christlich organisierten Kollegen ihren Arbeitsbrüdern im roten Lager die Hand zum gemeinsamen Vorgehen an. Diese wurde probenhaft abgewiesen. In den Versammlungen nannten die „geistreichen Helben“ des sozialdemokratischen Verbandes Ehrler und Fuhrmann die christlichen Arbeiter:

„Die Rotauscheidung“. (Ekelhaft. D. R.) „Die drei Duzend irreführten christlichen Schwindelopfer“.

Selbstständig wurden nun unsererseits die Forderungen den Arbeitgebern eingereicht. 15 Prozent Lohnhöhung, 9stündige Arbeitszeit, Zuschlag für Überstunden usw. Im wesentlichen die gleichen Sätze wie sie von den Genossen eingereicht werden sollten. In Anbetracht der niedrigen Löhne waren die Forderungen in allen Punkten durchaus gerecht und ein leichtes wäre es gewesen, dieselben durchzusetzen.

Vor der Öffentlichkeit gebärdeten die Genossen sich auch, als wollten sie alles daran setzen, um den Arbeitern eine angemessene Verbesserung ihrer Lage zu erringen. Als den Arbeitern von den Fabrikanten 5 Prozent angeboten wurden, gaben die Wortführer, welche ohne die „Drei Duzend christlichen“ Arbeiter alles machen wollten, ein Flugblatt heraus. In den schärfsten Tönen wurde zum Streit geblasen, Versammlungen abgehalten, beschloßen die Kündigung einzureichen. Darauf zirkulierten Listen zur Unterschrift für diese Kündigung, dann eine große Versammlung. Diese hatte das Angebotene, „den Knochen“, den die Unternehmer den Arbeitern „hingeworfen“ haben, unter den schärfsten Ausdrücken abgelehnt. Einstimmig, so berichtet die „Saarwacht“, wurde „unter donnernder Zustimmung“ der Versammlung beschlossen, unter keinen Umständen diese Bettelsuppe anzunehmen.

Erzitterte Unternehmer, der große, mächtige, alleinherrschende, sozialdemokratische, kapitalkräftige (??) Metallarbeiterverband hat gesprochen! —

Die Verhandlungen hatten jetzt begonnen und alles war gespannt, ob der Streik ausbrechen würde. Auch die Mitglieder des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes ließen bei den Verhandlungen, die getrennt geführt wurden, durch ihre Kommission die Forderungen mit Entschiedenheit vertreten. Als die 15 Prozent Lohnhöhung behaupten wurden, erklärten die Unternehmer unsern Kollegen:

„Die Vertreter der „frei“ organisierten Arbeiter haben sich mit unserm Angebot zufrieden gegeben und werde das-

selbe in einem Vertrag für 2 Jahre festgelegt.“

Aus diesem Grunde gab es für unsere Kommission keine Gelegenheit mehr, die 15 Prozent durchzusetzen, denn die Genossen hatten die „Bettelsuppe“ angenommen. Wie kam nun dieser Umschwung über Nacht?

Während man die irreführten Arbeiter Streiklisten unterschreiben ließ, kam von Stuttgart ein Brief an die Helben der alleinberechtigten Organisation. Dieses Brieflein sagte genau dasselbe, was zurzeit in Mülheim den Genossen erklärt wurde.

„Es darf nicht gestreikt werden, es ist kein Geld da!!!“

In einem Flugblatt und Versammlungen wird nach diesem Vorfall jetzt den Arbeitern von Oberstein, von denselben Genossen, die vorher so radikale Töne anschlugen, vorgeredet, daß großes erreicht sei und erklärt: „Wir taten das menschenmögliche um herauszuschlagen, was herauszuschlagen war“ — ohne Geld!!!

Wie sieht nun die „Bettelsuppe“, — jetzt natürlich ein großer Erfolg, — in Hinblick Lohnhöhung aus?

Der Arbeitgeber-Verband erklärt:

1. „Die geforderte allgemeine Lohnhöhung von 15 Prozent wird abgelehnt. Dagegen verpflichten sich die Arbeitgeber, denjenigen Arbeitern welche eine Lohnhöhung wirklich verdienen, oder auch durch ihre Verhältnisse einer solchen würdig sind, eine Lohnhöhung zu bewilligen, welche mindestens 5 Prozent des zuletzt bezogenen Arbeitslohnes betragen muß.“

Dem ganzen „Niesenerfolg“ setzt eine, in den Zeitungen Obersteins erschienene Dankagung die Krone auf. Den Bürgern wird gedankt, für die Sympathie und das Wohlwollen, daß sie der Arbeiterschaft haben zu teil werden lassen. Von den Arbeitgebern „erwartet“ die Dankagung, nicht Gunst oder Mißgunst bei der Lohnfestsetzung, sondern die Bedürfnisfrage entscheiden zu lassen! —

Also „Prozen, Bettelsuppen, Blut-sauger“, Krieg — —!!! und jetzt — Ruhe in allen Wipfeln —. Wie wäre es, wenn die Genossen Ehrler und Fuhrmann es gemacht hätten, wie einzelne Genossen bei der großen Bewegung in Burbach, welche der christlich-soziale Metallarbeiterverband allein geführt hat?

Dort meldeten sich Genossen, nachdem sie nach Hause geschickt worden waren und keine Arbeitswilligen Dienste mehr verrichten durften, auf dem Streikbureau unseres Verbandes als Mitglieder an, „um nicht als Streikbrecher da zu stehen“, wie sie nach der Bewegung erklärten. Die ganze Absicht dieser Handlungsweise ist bei dem ewigen Geldmangel des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nur zu leicht zu erkennen. Die viel verlästerten Christlichen wären schon gut gewesen, um bei einer Ausdehnung der Bewegung die Genossen als mellenende Kuh zu dienen, denn bei ihrem Verband würden sie jedenfalls keinen Heller bekommen haben; darum gingen sie zu den Christlichen.

Den christlich gestimmten Arbeitern von Oberstein dürfte heute sonnenklar sein, daß eine ehrliche Vertretung ihrer Interessen im christlich-sozialen Metallarbeiterverband allein zu finden ist.

Die Massenflucht der genasführten Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation in Oberstein ist der beste Beweis dafür, daß nicht Schimpfen und Verleumdungen die Mittel sind, Verbesserungen zu erringen, sondern eine wohlüberlegte und entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie der christlich-soziale Metallarbeiterverband unternimmt.

Darum hinein in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband Deutschlands!

Machtittel der Genossen.

In Mannheim haben die Arbeitgeber des Stultatargewerbes über 200 sozialdemokratisch organisierte Spier und Stultateure ausgesperrt. Warum? Diese Aussperrung ist die Frucht des sozialdemokratischen Terrorismus, den die dortigen organisierten Stultateure an den Tag legten. Nicht nur weigerten sich dieselben, mit christlich organisierten Stultateuren zusammen zu arbeiten, sondern sie gingen sogar soweit, von den Arbeitgebern zu verlangen, die christlichen Kollegen zu entlassen. Ihr struppelloses Vorgehen hat nach langem Arbeiten endlich die Geduld der Arbeitgeber reizen lassen und zur Aussperrung geführt. Da haben die Herren Ge-

strebende Arbeiterbewegung nieder zu halten, zu begegnen und die Propaganda des Umsturzes, die nur zum Schaden der Arbeiterschaft ausfallen muß, abzuwehren. . . .

Herr Hoch machte daraus und las ganz unverständlich:

... so wird die auf christlichem und nationalem Boden stehende Arbeiterschaft des Nacheren Bezirks als eine festgeschlossene soziale Macht dastehen, die imstande ist, alle Versuche der aufwärtsstrebenden Arbeiterbewegung niederzuhalten.

Bei diesen Worten brach Herr Hoch ab, nachdem er „einige kleine Veränderungen“ der Sachbildung vorgenommen. Er wollte eben die Meinung erwidern, als habe der „Volksfreund“ die christlichen Gewerkschaften als Mittel zur Niederhaltung der aufwärtsstrebenden Arbeiterbewegung bezeichnet; er wollte den verhassten „Volksfreund“ und die christlichen Gewerkschaften zugleich treffen. Die Versammlung war anfangs starr; denn der Wahrheitsliebende Herr Hoch brachte sein Fälscherstückchen mit einer Eeelenruhe vor, die sogar dem Hauptmann von Köpenick Ehre gemacht hätte. Als Herr Hoch aber gezwungen war, weiter zu lesen, da war Herr Hoch entlarvt und gerichtet. Dieser geniale Fälschertier schlief sich den Streichen der Herren Hartmann und Erkelenz würdig an.

Was man von Deuten aus der Erkelenz'schen Schule zu erwarten hat, darüber dürfte die Deffentlichkeit heute vollständig klar sein. Die „Metallarbeiterzeitung“ als auch die sozialistische Presse war kürzlich in der Lage, ein vertrauliches Zirkular des großen Erkelenz zu veröffentlichen, worin derselbe einen Rechtfertigungsversuch unternahm gegen den Hauptvorstand des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter.

Bekanntlich hatte die Ortsgruppe des Düsseldorfener Ortsvereins der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft im Mai dieses Jahres als die allgemeine Metallarbeiteraussperrung drohte, eine Resolution gefaßt, die in der Deffentlichkeit den Anschein erwecken sollte, als ob die Hirsch-Dundersianer sich solidarisch mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband erklärten.

Der Hauptvorstand schlüttelte in einer Erklärung dieses Vorgehen ab. Man schreibt Erkelenz in seinem erwähnten Rechtfertigungsschreiben über seine damaligen Pläne und Absichten unter anderem:

1. Es kommt nicht zur Aussperrung, weil die Organisation der Unternehmer heute noch nicht fest genug ist, um über ganz Deutschland eine Aussperrung vorzunehmen.
2. Es kommt nicht zur Aussperrung, weil der Metallarbeiterverband vorher zu Kreuze kriechen wird.
3. Die Aussperrungsandrohung kommt uns in agitatorischer Hinsicht gelegen, weil sie die nötige Stimmung zu einer Beitragserhöhung erzeugt.
4. Die Gelegenheit ist günstig, den Metallarbeiterverband schwachmatt zu setzen; da er zu Kreuze kriechen wird, ist es unsere Aufgabe, radikal aufzutreten, um den Metallarbeiterverband in den Augen der Deffentlichkeit als schwächlich, die Gewerkschaften als stark erscheinen zu lassen.
5. Um die Verlegenheit des Metallarbeiterverbandes noch zu vergrößern, haben wir noch in einer Reihe von Betrieben zum Streik zu drängen, wo der Metallarbeiterverband nicht streiken will.

Wer sich die Mühe macht, nach diesen Gesichtspunkten unser Verhalten zur Metallarbeiteraussperrung zu würdigen, dürfte genötigt sein, seinen früheren Widerspruch gegen uns zurückzuziehen. Es ist uns nicht im Traume eingefallen, uns mit dem Metallarbeiterverband solidarisch zu erklären; seine Zeile in der Düsseldorfener Resolution verlangt das. Unsere Hauptaufgabe erblicken wir darin dem Metallarbeiterverband Schwierigkeiten zu machen.

Ein Gel erfaßt mich vor solcher Taktik, kann man hier ansprechen und nach solchen Belehrungen verfährt man im Nacheren Bezirk gegen unsern Verband, wie die dreisten Schwindelereien beweisen. Und solche Menschen haben dann auch noch den traurigen Mut, 8-Bogenblätter herauszugeben mit der Überschrift: Du sollst nicht falsches Zeugnis geben - Höher kann wahrlich die Charakterlosigkeit und Gemeinheit nicht mehr getrieben werden.

Sogar mit Fälschungen und Verleumdungen allein ist die Kampfweise der H.-D. Strategen noch nicht schöpft. Am 1. Nov. hat in Köln eine Versammlung stattgefunden, wo diese Elemente zu Täuschlichkeiten gegen die anwesenden christlichen Arbeiter übergegangen sind. Darüber wird berichtet:

Im Krhstall-Palast fand eine vom Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften einberufene öffentliche Versammlung statt, die vorwiegend von Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften besucht war. Das Referat über „Schlechte Handlungsweise des christlichen Metallarbeiterverbandes bei der Bewegung auf Rote Erde“ erstattete Herr Chskil-Duisburg. Zwei Stunden lang erging er sich in ketten Wiederholungen und heftigen Ausfällen gegen den christlichen Verband und seine Führer. „Herunter mit der Maske!“ war sein Schlagwort, das mit einem tausendfachen Pui von der übergroßen Mehrzahl der Anwesenden beantwortet wurde. In der Diskussion sprach zunächst Kollege Schmiz-Köln (früher Nachen). Derselbe wies an der Hand der Tatsachen nach, daß das Verhalten der Hirsch-Dunderschen Führer vor und während der Bewegung an dem Ausgange die Schuld trage. Zum Schlusse seiner Ausführungen brachte Schmiz folgende Resolution ein:

„Die am 2. November 106 in Köln im Krhstall-Palast tagende, vom Gewerkschaften der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter H.-D. einberufene öffentliche Versammlung erklärt, daß die Niederlage der Arbeiter im Kampfe auf dem Hüttenwerk Rote Erde bei Nachen lediglich auf die Ohnmacht der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die schlechte Handlungsweise von deren Führern zurückzuführen sei. Dem christlichen Metallarbeiter-Verbande, der seit langem mit Erfolg für die Aufbesserung der Verhältnisse der Hütten- und Metallarbeiter eingetreten ist, zollt die Versammlung alle Anerkennung, und verspricht die Versammelten, mit aller Energie für die Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes Sorge zu tragen.“

Als Schmiz die Erwartung aussprach, daß der Vorstand über die Resolution abstimmen lassen werde, wurde ihm vom Vorstandstische zugerufen: „In den Papierkorb damit!“ Darauf bemerkte Schmiz: „Ich habe erwartet, daß Sie dazu nicht den Mut besitzen, darum wollen wir schon jetzt eine Probe machen, ob die Versammlung mit der Resolution einverstanden ist. Wer dafür ist, möge eine Hand erheben!“ Die ganz überwiegende Mehrheit der Versammelten erhob die Hand. Eine Ausnahme machten nur die um den Vorstandstisch gruppierten Hirsch-Dunder, deren Zahl 50 nicht überstieg. Als Chskil diesen Ausgang der Versammlung erfaßt hatte, stieg er auf seinen Stuhl und schloß die Versammlung, ohne die anderen Diskussionsredner zu Worte kommen zu lassen. Andauernd schrie er: Hoch der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften!

Ein Grund, die Versammlung vorzeitig zu schließen, lag nicht vor, weil die christlichen Arbeiter eine geradezu mustergiltige Ruhe bewahrt hatten. Bloß Herr Hartmann-Nachen hielt während der Rede des Herrn Schmiz inmitten des Saales eine Sonderversammlung ab und provozierte die christlichen Arbeiter in seiner Nähe. Während der Hochrufe des Herrn Chskil drängte die Masse nach dem Vorstandstische und protestierte gegen den vorzeitigen Schluß der Versammlung. Kollege Wernerus forderte die Anwesenden auf, auf ihren Plätzen zu bleiben und die Ruhe zu bewahren. Mit einem Hoch auf den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband schloß er seine Mahnung und forderte nochmals auf, in Ruhe den Saal zu verlassen. Die meisten folgten der Aufforderung; nur wenige blieben zurück, veranlaßt durch das andauernde Schimpfen der Freunde der Herren Hartmann und Chskil. Herr Chskil stieg auf den Tisch und nahm eine drohende Stellung ein. Sein Freund Gander aus Bingsf, sprang vom Tische und faßte einen der zurückgebliebenen Arbeiter an. Der Angegriffene setzte sich zur Wehr, worauf aus der Ecke der Hirsch-Dunder Gläser, Stühle usw. geflogen kamen. Es entspann sich eine regelrechte Kauferei, die durch das Eintreten der christlichen Führer noch beendet wurde, ehe die Polizei kam und den Tatbestand aufnahm.

Soweit sind diese Leute also schon gekommen, daß sie in Ermangelung anderer Geisteswaffen zu Täuschlichkeiten übergehen und Gläser und Stühle dazu benötigen, um den Gegner zu bekämpfen. Das hat allerdings Erkelenz in seinem Zirkular nicht verlangt, oder sollte vielleicht noch ein anderes bestehen, das bisher der Deffentlichkeit noch vorenthalten blieb?

Aber eine andere Leistung brachte Herr Erkelenz fertig: Flugs war er bei der Hand, die Provokationen und Schlagfertigkeiten seiner Anhänger in das Gegenteil umzuwälzen und in einem Massenflugblatt bezieht:

„Moderne Märtyrer — Christliche Rowdies“ in der schändlichsten Weise die Wahrheit auf den Kopf zu stellen und die christlichen Arbeiter als die Urheber und Hebeltäter, die christlichen Führer als Räuber ihrer Fratzkeller.

Wenn die Hirsch-Dunderschen Strategen nun glauben, mit solchen Taten die Aufmerksamkeit von

ihrer Ohnmacht und Unfähigkeit bei dem Kampfe auf Rote Erde ablenken zu können, so dürften sie doch schwer im Irrtum sein. Jeder auch nur halbwegs Denkende hat hier erkennen müssen, daß diese Organisation zur Vertretung der Interessen der Hüttenarbeiter vollständig unfähig ist.

Sehr bezeichnend ist es, daß die sozdem. Rheinische Zeitung in Köln, sonst eine verbissene Feindin der H.-D., den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um die Ernte der H.-D. Saat einzuheimen. In Nr. 254 bringt das Kölner Soziblatt einen langen Artikel, worin den Hirsch freundschaftliche Handlangerdienste bei ihrem Verleumdungsflugzug gegen den christl. Metallarbeiterverband geleistet wird. Diese Bundesgenossenschaft gönnen wir den Hirsch-D. „Selben! Je eher die doch einmal unvernünftige Fuktion der H.-D. mit den soziald. Gewerkschaften vor sich gehen wird, um so besser.

Der Hirsch-Dundersche Verband geht den Streikgang. Gemäß den Angaben im Reichsarbeitsblatt ist er um 1426 Mitglieder zurückgegangen. Und das trotzdem dieser Verband in letzter Zeit eine Menge Beamte anstellt und große Summen zur Agitation verwandt hat, trotzdem in dieser Zeit auch noch viele Bewegungen in der Metallindustrie vorhanden waren.

Der Ausgang des Kampfes auf Rote Erde ist im Interesse der armen gedrückten Arbeiter sehr zu beklauern. Bei der gegenwärtig herrschenden Teuerung hätten sie eine Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse um so notwendiger gehabt. Die Zeitung der Hütte hätte die geforderte Lohnerböschung ohne jedwede Schädigung des Betriebes bewilligen können, wenn nur soziales Verständnis vorhanden gewesen wäre. Der schroff ablehnende Prozenstandpunkt der Hüttenleitung hat einen Frieden von langer Dauer zur Unmöglichkeit gemacht, der Kampf kann unter solchen Bedingungen nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben sein. Nur einer ist mit diesem Ausgang zufrieden, nämlich die Sozialdemokratie. Sie ist durch das Verhalten der Hüttenleitung bemüht die Ernte einzuheimen. Das wird ihr aber nicht gelingen.

Unser Verband hat, wie er stets bereit dazu ist, ohne Hintergedanken mit den anderen Organisationen gemeinsame Sache gemacht. Seine Pflicht aber ist es, sich haarsträubenden Dummheiten und Hinterlistigkeiten, wie sie hier von den Oberhirschen gemacht wurden, einer scharfen Kritik zu unterziehen. Das bedingt das Interesse der schwer benachteiligten Arbeiter. Die Hirsch-Dunderschen haben sich in diesem Kampfe ein unrühmliches, bleibendes Denkmal gesetzt.

Metall- und Hüttenarbeiter! Die Vorgänge vor und während dem Kampfe, die sinnlose Wut unserer Gegner nach demselben, das alles muß sich zeigen, daß der christliche Metallarbeiterverband auf dem rechten Wege ist. In den vielen allein geführten Kämpfen hat er den Beweis erbracht, daß er imstande ist, die Interessen der Metall- und Hüttenarbeiter mit Nachdruck zu vertreten und Erfolge für sie zu erringen. Darum ist und bleibt die Parole: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Die Antwort der Bergbauischen Vereine an die Siebenerkommission lautete wieder wie früher: „Widerhandeln nicht.“ Allerdings ist die Antwort in einem viel gemäßigteren Stile wie früher gehalten — Fortschritt zur Besserung — und verweist die Bergarbeiter mit ihrer Lohnforderung an die Arbeiterausschüsse. Wer hätte das je gedacht, daß die Herrn des Bergbauischen Vereins die Arbeiterausschüsse mit der Lohnfrage beschäftigt wissen wollten!

Bei Beratung der Berggesetznovelle und auch nach Inkrafttreten derselben wurde stets seitens der Zehngewaltigen in der Deffentlichkeit der Standpunkt vertreten, daß die durch das Gesetz neu geschaffenen Arbeiterausschüsse in der Lohnfrage nicht mitzureden hätten. Durch die jetzige Haltung haben die Herren sich nicht nur selbst widerlegt, sondern ausdrücklich zugestanden, daß die Regelung der Lohnfrage mit zur Kompetenz der Arbeiterausschüsse gehört. Dieses Geständnis ist den Herren aber offensichtlich nur durch die Zwangslage, in der sie sich befanden, abgepreßt worden.

Da nunmehr die Arbeiterausschüsse sich mit der Lohnfrage beschäftigen müssen, so trägt damit der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter einen schon

Erfolg davon, weil er sich im vergangenen Jahre trotz der Heike des roten Verbandes, und im Gegensatz zu demselben, an den Arbeiterauschüßwahlen beteiligt hat. Dieselbe haben bisher vielerorts auch ohne die Lohnfrage, schon viele Verbesserungen für die Bergarbeiter auf einzelne Schächten durchgebracht. Der sozialdemokratische Verband befindet sich angesichts dieser Sachlage in einer — sich selbst geschaffenen — unerquicklichen Lage.

Auf den Widerspruch, in den sich die Zechenbesitzer mit der Verweigerung der Lohnfrage an die Arbeiterauschüsse gesetzt haben, weist der Abg. Gothein in einer Korrespondenz mit berechtigter Schärfe hin, indem er schreibt:

„Die Sache ist nicht ohne Humor, wenn man sich erinnert, wie die Vertreter der Arbeitgeber im Abgeordnetenhaus die Arbeiterauschüsse bekämpft haben. Sie lassen sich jetzt von ihrer Presse wegen ihrer loyalen Haltung diesen gegenüber loben, aber sie verschweigen, daß dank ihrer Haltung im Abgeordnetenhaus die Arbeiterauschüsse gar nicht befugt sind, die Belegschaft bei Lohnkämpfen zu vertreten; sie dürfen ja nur „Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntnis der Bergwerksbesitzer bringen und sich darüber gutachtlich äußern.“ Mein im Reichstag angenommener, vom Abgeordneten Wolff-Bissa im Abgeordnetenhaus angenommener Antrag wollte den Bergarbeiterauschüssen die Befugnis beilegen, für die Belegschaft über Lohnfragen zu verhandeln; er wurde dort mit Hohn abgelehnt, da er „nicht dem Frieden, sondern dem Krieg diene, da er den Arbeiterauschüß zu einer Kampforganisation mache.“ Und jetzt weist der Bergbauliche Verein den Arbeiterauschüssen die Funktionen zu, die sie ihm vor einhalb Jahren verweigerten, und die ihnen nun gesetzlich gar nicht zustehen; ja sie müßten von Rechts wegen aufgelöst werden, wenn sie ihre Befugnisse überschreiten. Dieses Selbstdestruieren des Bergbaulichen Vereins nach so kurzer Zeit hat etwas Erheiterndes, aber auch etwas Entsetzliches, denn es zeugt von wachsendem sozialen Verständnis.“

Hoffentlich wird das soziale Verständnis der Grubenbesitzer schon so weit gewachsen sein, daß auch für die Bergleute etwas Praktisches dabei herauskommt, ohne daß es zu einem erbitterten Kampf kommt.

Die Siebenerkommission hat auf die Antwort des Bergbaulichen Vereins beschlossen, daß die Arbeiterauschüsse in der Lohnfrage sofort Stellung nehmen sollen. Am 9. November soll eine weitere Sitzung über die ferneren Maßnahmen beschließen.

Eine Blamage des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes in Oberstein.

„Die Leute glaubten, dem großen Kapitalkräftigen (???) Deutschen Metallarbeiter-Verband beigetreten zu sein mit seinen 300 000 Mitgliedern.“ ???!!!

Durch diesen Ausspruch versuchten die Helden vom sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband nach dem impofanten Kampf der Burbacher Hüttenarbeiter auf die von ihnen hier bergblühlich gesuchte Dummheit der Masse spekulieren zu können.

Diejenigen Arbeiter, welche an dem Kampfe beteiligt waren, wissen heute sowohl wie vor dem Kampf, daß sie vergeblich auf ihr Koalitionsrecht gewartet hätten, und sicher nicht die 380 000 Mk. mehr Lohn pro Jahr erhalten würden, wenn sie dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angeschlossen wären, der nicht mehr streiken darf, weil er kein Geld hat, wo es nötig ist.

Diese Tatsache hat sich in Oberstein bei der jetzt zu Ende geführten Bewegung wieder zur Evidenz bewiesen. Oberstein hat die gleiche Industrie wie Pforzheim und Schwab. Gemünd, mit all ihren Schattenseiten der Heimarbeit usw. Seit langem schon gehörten eine größere Anzahl dieser Metallarbeiter dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande an, ohne daß sie ein besonderes Bemühen der Führer zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bemerkt hätten. Da kamen die „bösen“ Christlichen und gründeten ebenfalls eine Ortsgruppe ihres Verbandes. Dieses brachte die Genossen in Bewegung.

Um ihre Schäfchen nicht zu verlieren, versuchten die roten „Helden“ sie gruselig zu machen, vor dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband. Weil der größte Teil der Arbeiter Obersteins evangelisch ist, mußten vor allen Dingen die „Zentrumsgewerkschaften“ herhalten.

In einer christlichen Versammlung, die in Wischenbollenbach stattfand, war es der Genosse

Rohr, der sich berufen fühlte, den bösen Christlichen eine Vernichtungsrede zu halten. Da ihm aber 20 Minuten Redezeit nicht genügten, um seine „Weisheit“ an den Mann zu bringen und die „häßlichen Angriffe“ des Wernerus auf die „freien“ Gewerkschaften zurückzuweisen, nahm der neugebackene Parteisekretär für Lothringen, Genosse Förster, das Wort an seiner Stelle. Statt nun die von Rohr ersehnte Rache an Wernerus zu üben, glaubte dieser Genosse sagen zu müssen, Wernerus habe die „freien“ Gewerkschaften objektiv gewürdigt und wenn sein Genosse Rohr von häßlichen Angriffen rede, so sei dieses nur „auf einen falschen Zungenschlag“ zurückzuführen. Also diese Mittel helfen nicht, auch alle Beschimpfungen in der „Saarwacht“ ließen die christlichen Gewerkschaftler kalt. Der christliche Metallarbeiterverband entwickelte sich langsam aber stetig. Da wurde Alarm geblasen und das ganze Wirkenfelder Ländchen hallte wieder von dem Kriegsruf der Genossen.

Auf zur Verbesserung eurer Lage, so klang der Kriegsruf. Nebenher machte man natürlich kräftig im Kampf gegen die christlichen Metallarbeiter.

„Ihr habt kein Geld.“ „Wenn wir 20 Prozent Lohnerhöhung verlangen, dann fordert Ihr im Interesse der Unternehmer nur 10 Prozent.“ „Bei einem Streik erhaltet Ihr keine Unterstützung“, usw. So lauteten die Lügen der Roten.

Der Erfolg dieses Nummels blieb nicht aus. Die Mehrzahl der Arbeiter von Oberstein traten dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bei, in dem Glauben, jetzt werden aber „Millionen“ zur Verfügung stehen. Der Sieg ist jetzt sicher.

Unser Verband sah diesem Treiben nicht untätig zu. Die Ortsgruppe unseres Verbandes war auf 150 Mitglieder angewachsen und für einen eventuellen Kampf gerüstet, auch in der Unterstützungsfrage.

Als die Forderungen der Arbeiter formuliert und der Zeitpunkt, sie einzureichen, herangekommen war, boten die christlich organisierten Kollegen ihren Arbeitsbrüdern im roten Lager die Hand zum gemeinsamen Vorgehen an. Diese wurde prohenhaft abgewiesen. In den Versammlungen nannten die „geistreichen Helden“ des sozialdemokratischen Verbandes Ehrler und Fuhrmann die christlichen Arbeiter:

„Die Rotauscheidung“. (Ekelhaft. D. R.)
„Die drei Duzend irreführten christlichen Schwindelopper“.

Selbstständig wurden nun unsererseits die Forderungen den Arbeitgebern eingereicht. 15 Prozent Lohnerhöhung, 8stündige Arbeitszeit, Zuschlag für Ueberstunden usw. Im wesentlichen die gleichen Sätze wie sie von den Genossen eingereicht werden sollten. In Anbetracht der niedrigen Löhne waren die Forderungen in allen Punkten durchaus gerecht und ein leichtes wäre es gewesen, dieselben durchzusetzen.

Vor der Öffentlichkeit gebärdeten die Genossen sich auch, als wollten sie alles daran setzen, um den Arbeitern eine angemessene Verbesserung ihrer Lage zu erringen. Als den Arbeitern von den Fabrikanten 5 Prozent angeboten wurden, gaben die Wortführer, welche ohne die „Drei Duzend christlichen“ Arbeiter alles machen wollten, ein Flugblatt heraus. In den schärfsten Tönen wurde zum Streit geblasen, Versammlungen abgehalten, beschlossen die Kündigung einzureichen. Darauf zirkulierten Listen zur Unterschrift für diese Kündigung, dann eine große Versammlung. Diese hatte das Angebotene, „den Knochen“, den die Unternehmer den Arbeitern „hingeworfen“ haben, unter den schärfsten Ausdrücken abgelehnt. Einstimmig, so berichtet die „Saarwacht“, wurde „unter donnernder Zustimmung“ der Versammlung beschlossen, unter keinen Umständen diese Bettelsuppe anzunehmen.

Erzitterte Unternehmer, der große, mächtige, alleinherrschende, sozialdemokratische, Kapitalkräftige (??) Metallarbeiterverband hat gesprochen! —!

Die Verhandlungen hatten jetzt begonnen und alles war gespannt, ob der Streik ausbrechen würde. Auch die Mitglieder des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes ließen bei den Verhandlungen, die getrennt geführt wurden, durch ihre Kommission die Forderungen mit Entschiedenheit vertreten. Als die 15 Prozent Lohnerhöhung besprochen wurden, erklärten die Unternehmer unseren Kollegen:

„Die Vertreter der „frei“ organisierten Arbeiter haben sich mit unserem Angebot zufrieden gegeben und werde das-

selbe in einem Vertrag für 2 Jahre fest gelegt.“

Aus diesem Grunde gab es für unsere Kommission keine Gelegenheit mehr, die 15 Prozent durchzusetzen, denn die Genossen hatten die „Bettelsuppe“ angenommen. Wie kam nun dieser Umschwung über Nacht?

Während man die irreführten Arbeiter Streiklisten unterschreiben ließ, kam von Stuttgart ein Brief an die Helden der alleinberechtigten Organisation. Dieses Brieflein sagte genau dasselbe, was zurzeit in Mülheim den Genossen erklärt wurde.

„Es darf nicht gestreift werden, es ist kein Geld da!!!“

In einem Flugblatt und Versammlungen wird nach diesem Vorfall jetzt den Arbeitern von Oberstein, von denselben Genossen, die vorher so radikale Töne anschlugen, vorgeredet, daß großes erreicht sei und erklärt: „Wir taten das menschenmögliche um herauszuschlagen, was herauszuschlagen war“ — ohne Geld!!!

Wie sieht nun die „Bettelsuppe“, — jetzt natürlich ein großer Erfolg, — in Punkt der Lohnerhöhung aus?

Der Arbeitgeber-Verband erklärt:

1. „Die geforderte allgemeine Lohnerhöhung von 15 Prozent wird abgelehnt. Dagegen verpflichtet sich die Arbeitgeber, denjenigen Arbeitern welche eine Lohnerhöhung wirklich verdienen, oder auch durch ihre Verhältnisse einer solchen würdig sind, eine Lohnerhöhung zu bewilligen, welche mindestens 5 Prozent des zuletzt bezogenen Arbeitslohnes betragen muß.“

Dem ganzen „Riesenerfolg“ setzt eine, in den Zeitungen Obersteins erschienene Dankagung die Krone auf. Den Bürgern wird gedankt, für die Sympathie und das Wohlwollen, daß sie der Arbeiterschaft haben zu teil werden lassen. Von den Arbeitgebern „erwartet“ die Dankagung, nicht Gunst oder Mißgunst bei der Lohnfestsetzung, sondern die Bedürfnisfrage entscheiden zu lassen! —!

Also „Prosen, Bettelsuppen, Blut-sauger“, Krieg — —!!! und jetzt — Ruhe in allen Wipfeln —. Wie wäre es, wenn die Genossen Ehrler und Fuhrmann es gemacht hätten, wie einzelne Genossen bei der großen Bewegung in Burbach, welche der christlich-soziale Metallarbeiterverband allein geführt hat?

Dort meldeten sich Genossen, nachdem sie nach Hause geschickt worden waren und keine Arbeitswilligen Dienste mehr verrichten durften, auf dem Streikbureau unseres Verbandes als Mitglieder an, „um nicht als Streikbrecher da zu stehen“, wie sie nach der Bewegung erklärten. Die ganze Absicht dieser Handlungsweise ist bei dem ewigen Geldmangel des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nur zu leicht zu erkennen. Die viel verlästerten Christlichen wären schon gut gewesen, um bei einer Ausdehnung der Bewegung diejenigen Genossen als mellende Ruhe zu dienen, denn bei ihrem Verband würden sie jedenfalls keinen Heller bekommen haben; darum gingen sie zu den Christlichen.

Den christlich gemintten Arbeitern von Oberstein dürfte heute sonnenklar sein, daß eine ehrlische Vertretung ihrer Interessen im christlich-sozialen Metallarbeiterverband allein zu finden ist.

Die Massenflucht der genasführten Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation in Oberstein ist der beste Beweis dafür, daß nicht Schimpfen und Verleumdungen die Mittel sind, Verbesserungen zu erringen, sondern eine wohlüberlegte und entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie der christlich-soziale Metallarbeiterverband unternimmt.

Darum hinein in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband Deutschlands!

Machtspiel der Genossen.

In Mannheim haben die Arbeitgeber des Stuklaturgewerbes über 200 sozialdemokratisch organisierte Gipser und Stukkateure ausgesperrt. Warum? Diese Aussperrung ist die Frucht des sozialdemokratischen Terrorismus, den die dortigen organisierten Stukkateure an den Tag legten. Nicht nur weigerten sich dieselben, mit christlich-organisierten Stukkateuren zusammen zu arbeiten, sondern sie gingen sogar soweit, von den Arbeitgebern zu verlangen, die christlichen Kollegen zu entlassen. Ihr scrupelloses Vorgehen hat nach langem Arbeiten endlich die Gehuld der Arbeitgeber reißen lassen und zur Aussperrung geführt. Da haben die Herren Ge-

lassen nun die Beschäftigung. Nicht Lohnfrage noch sonstige Arbeitsverhältnisse haben diese Maßnahmen hervorgerufen, sondern lediglich der Terrorismus.

Aufgabe des christlichen Verbandes ist es jetzt, die Kollegen in Mannheim zu unterstützen, damit das skrupellose Treiben der Genossen nicht allein dort beseitigt wird, sondern auch erzieherisch anderwärts wirkt. Die Genossen werden allerdings schreien über Arbeiterverrat, Streikbruch etc. Damit werden sie aber bei jedem redlich denkenden nur das Gegenteil von dem hervorrufen, was sie beabsichtigen.

Anerkennung der Organisation und Gleichberechtigung derselben ist eine Kardinalforderung der christlichen Organisationen. Wo sie nicht gelbt wird, werden die christlichen Gewerkschaften — wie der Vorsitzende des Gesamtverbandes Schiffer so treffend Segien auf dem sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress in Köln entgegenhielt — sich dieselbe zu erzwingen suchen. Die Genossen in Mannheim werden ebenfalls wie die Holzarbeiter in Köln dies jetzt am eigenen Leibe erfahren.

Vom Oberrhein.

Mit welcher unsinniger Gedankenlosigkeit sozialdemokratische Gewerkschaftsblätter die Geschäfte der von diesen sonst so gekauften Unternehmer und Bourgeoisie besorgen, davon wieder ein Beispiel aus jüngster Zeit.

Die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung bringt in Nr. 41 einen Artikel, in dem die wirtschaftlichen Interessenkämpfe in Stadt und Kanton Zürich gestreift wurden. Aber weit davon entfernt, den Lesern dieses Blattes eine kurz gefasste Darstellung jener Bewegungen zu bieten, oder eine objektive Kritik der Ursachen und Wirkungen festzulegen, legt diese Berichterstattung gleich los, durchweg in der nämlichen Stimmung, die sie im Bürger- und Unternehmertum in Zürich so gewaltig verdammt und verurteilt.

In welcher Weise dort auf beiden Seiten Mißbrauch getrieben wurde, das braucht man ja „draußen“ nicht zu wissen, vielmehr entspricht der noblen Schreibart dieses Gewerkschaftsblattes ein Klaffenampiarartikel. „Wütendes Bürgertum, schandbarste Reaktion, wildgewordene Spießer, schamlos lügenhafte Geharbeit, Brutalität arischer Polizeibestien, regierungsfeindliche Schandtaten der Reaktion“, — sind einige Ausdrücke im betreffenden Artikel, die, wie dieser selbst, ein Bild geben von der vornehmen Sprache dieses sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes.

Wie die Organisationsverhältnisse in Zürich sind, und wie dort freie Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei, wenns preßiert auch Anarchisten, Hand in Hand gehen, namentlich in Zeiten wirtschaftlicher oder auch politischer Kämpfe, und fast jedesmal zum Nachteil der Arbeiter, darüber wird sich ausgesprochen, weiß nicht in den Kram paßt, weil die Erfahrungen und Erfolge solcher „Klassenkämpfe“ nicht Gemeingut der Arbeiterschaft werden sollen! —

Aber das tief bedauerliche an der Sache ist, daß durch solche Schreibweise dem Unternehmertum wie auch der Regierung nicht nur in der Schweiz, sondern in Deutschland Waffen in die Hand gegeben werden, mit denen die Arbeiterschaft und deren Interessen wieder aufs schärfste bekämpft werden können. Welche Ueberwindung muß es schließlich andere Kreise kosten, sich auf Zugeständnisse, Verhandlungen und Vereinbarungen einzulassen, wenn in einem solchen Ton gekämpft wird.

Arbeitervertreter, die mit solchen Waffen kämpfen, müßten sich doch vorher ehrlich eingestehen, daß so nicht Klassengegenstände überbrückt, daß im Gegenteil die Schärfermacher noch um Hundert Prozent schärfer gemacht werden.

Dieses Verdienst der roten Gewerkschaftspresse wird dieser zwar von ihrer höchsten Instanz, der sozialdemokratischen Partei, hoch angerechnet werden, — daß aber die Arbeiterschaft in der Allgemeinheit mißkreditiert wird auf diese Weise, das ist dem Organ der roten Metallarbeiter fürchtbar gleichgültig.

Christliche Metallarbeiter, sowohl ihr, die ihr in der Agitation steht, als ihr, die ihr noch nicht zur, der christlichen Organisation, angeschlossen seid! Merkt auch den Schaden, der durch solche Hebereien angerichtet wird, und verfolgt genau die Schritte der Genossen, die damit hantieren gehen, der Deutsche Metallarbeiterverband sei die neutrale Umschau selbst. Durchschau diese Heuchelei und zieht die einzig richtigen Schlüsse daraus, schließt euch dem christlichen Metallarbeiter-Verband an!

Wenn nicht mit Riesenschritten, so doch sicher und unentwegt schreitet die Organisation der christlichen Metallarbeiter sowohl am Oberrhein wie auf dem Schwarzwald vorwärts; und je stärker, desto selbständiger wird sie handeln, desto mehr praktische Erfolge können erzielt werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Allgemeine Lohnbewegung der Uhrenarbeiter auf dem Schwarzwald.

Die ständige Verteuerung sämtlicher Lebensmittel- und Gebrauchsartikel macht keineswegs Halt vor unsern schönen Bergen. Im Gegenteil, durch den starken Fremdenbesuch stiegen die Preise rapide. Dabei ist die Lage der Uhrmacher seit jeher eine sehr gebückte und verbesserungsbedürftige gewesen.

Die organisierten Arbeiter traten infolgedessen an ihre Führer heran, hier die nötigen Schritte zu unternehmen und Abhilfe zu schaffen. Der Weg hierzu konnte nur eine Bewegung auf Erhöhung der Löhne sein.

In einer Konferenz vom 23. Sept. d. J., bei der sämtliche Ortsverwaltungen des Schwarzwaldes vertreten waren, wurde der Plan ausgearbeitet. Um sich zu versichern, wurde an sämtliche gegnerische Verbände herangetreten behufs gemeinsamen Vorgehens mit dem Erfolg, daß die Herren Sozialdemokraten ablehnten unter dem Hinweis, daß es zu früh sei. Die Hirsch-Dunder erklärten sich in Schramberg und Lauterbach bereit, mitzumachen, was sie bis heute gehalten haben. Der christl. Holzarbeiterverband als Mitbeteiligter hatte schon vorher seine Mithilfe zugesagt, wenn es zu einer Bewegung komme, sodas unser Verband mit dem christl. Holzarbeiterverband als eins zu betrachten ist.

Die aufgestellten Forderungen lauten: 10 Prozent Lohnhöhung für sämtliche Arbeiter, auch für solche, in der Heimarbeit; 25 Proz. für Ueberstunden, 50 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit, Abschaffung bestehender Mißstände, Errichtung von Arbeiterauschüssen.

In 9 stark besuchten Versammlungen akzeptierten die Uhrenarbeiter diese Forderungen unter begeisteter Zustimmung, worauf dieselben an die Arbeitgeber eingereicht wurden. Die Genossen, haben ihre Felle dabonschwimmen. Flugs werden ebenfalls Versammlungen abgehalten und um den Christlichen Vorzubekommen, wird von Stuttgart aus der ganze zur Verfügung stehende Apparat in Bewegung gesetzt, alle Kräfte auf den Schwarzwald konzentriert.

Sonntag nachmittag waren die Versammlungen, dort wurde abgestimmt über die Eingabe, welche schon am gleichen Morgen in Händen der Arbeitgeber war. Das alles konnte nicht mehr helfen, die Uhrenarbeiter sind zu der festen Ueberzeugung gekommen, daß die Christlichen zuerst für ihre Interessen eingetreten sind.

Auf den 1. November traf die Antwort der Arbeitgeber ein, die dahin ging, man werde den Arbeitern unmittelbar die Antwort auf die Forderung erteilen. Unterzeichnet: Die Arbeitgeber der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes und verwandte Berufe. Tags darauf, am 2. Nov., wurde an den Fabrikanten die Antwort erteilt durch Flugblätter. Diese Antwort bedeutet eine glatte Ablehnung der bescheidenen Forderungen, wie sie unsererseits eingereicht wurden. Die Konkurrenzverhältnisse und die steigenden Rohstoffpreise gestatteten keine Lohnhöhung. Die Lohnverhältnisse der Schwarzwälder seien nicht geringer als in anderen Industrien.

Dr. Feuerstein, ein Kenner der Verhältnisse, stellte vor 3 Jahren fest, daß die Uhrenarbeiter zu 43 Proz. an Unterernährung leiden. Das alles spielt keine Rolle bei den Herren Uhrenfabrikanten (bei den vereinigten), zuerst kommt Messing, Draht, Maschinen, dann erst kommt der Arbeiter.

In den letzten Jahren seien die Löhne noch gestiegen, so behaupten die Unternehmer, sodas ein Ausgleich geschaffen sei, mit den herrschenden Verteuerungsverhältnissen. Der Fabrikant könne nicht so weit gehen, daß der Gewinn am Jahresend Schaden leide. 25 Proz. für Ueberstunden wolle man gewähren. Arbeiterauschüsse erscheinen nicht allgemein notwendig, da auf dem Schwarzwald jeder Arbeiter sich beschweren könnte bei den maßgebenden Instanzen. Ohne den Arbeiterführer einzusetzen wünschen, geht es auch hier nicht ab. Zuerst wird an den „gesunden Sinn“ appelliert (als ob sich davon leben ließe), dann heißt es wörtlich: Wir hoffen, daß der gesunde Sinn der Arbeiterschaft es ablehnen wird, der Führung von Männern zu folgen,

welche wohl selbst vorgeführt (!), mangels aktuell Beschwerden mit dem der Vergangenheit angehörig Agitationsstoff operieren, wie schon aus dem Inhalt einzelner Forderungen hervorgeht, die von teiligten Arbeitern selbst nicht gestellt oder begrüßet werden könnten.

Da hört sich doch alles und verschiedenes an die Herren Verfasser der Antwort möchten mal Hunderte von Arbeiterhaushalte selbst besuchen. Die Herren, welche sofort bereit sind, in den Stadtkommissionen für eine Gehaltserhöhung der oberen Ämtern einzutreten, würden, wenn sie ein Herz für ihre Arbeiter haben, keiner Begründung der Forderungen durch die Arbeiter bedürfen, denn die drängende Lage der Uhrenarbeiter spricht für sich selbst.

Die Uhrenfabrik A. G. Wiltinger hat in ihrer Antwort erklärt, sie anerkenne angesichts der zunehmenden Verteuerung das Bestreben der Arbeiter ihr Einkommen zu erhöhen. Das ist nun eine Forderung, welche nicht über Millionen verfügt, sie hat es schwerer zu kämpfen als die Firma Junghans, als Träger des in der Geburt liegenden Arbeiterverbandes angesehen wird, die aber von einer Vertretung der Forderungen kein Wort verlauten läßt. Was Leute, welche die gegenwärtigen Zeitumstände wenig kennen, vorausgesetzt, ist nun eingetreten. Die Herren Uhrenindustriellen gründeten einen Arbeitgeberverband, da kamen ihnen die Forderungen gerufen, als gutes Zugmittel für die noch widerstrebenden Herren Kollegen in der Uhrenindustrie.

Belauerlich bleibt ja nur, daß ein großer Teil der Arbeiter in ihrer Kurzsichtigkeit den Ernst der Lage nicht erfasst haben und ihrer Organisation fernblieben, ja sogar derselben noch hindernd den Weg traten. Es gibt ja überall solche Elemente, die da glauben, mit Schmarozken und Klugbuck durchzukommen. Damit ist es nun allerdings auch das hat ausgehört. Zu hunderten sind in den letzten Tagen die Beitritte zu unsern christl. Verbänden erfolgt, der übrige Teil wird diesem Beispiel folgen. Was Engeltzungen in der Agitation nicht vermöchten, besorgt jenes Flugblatt an die Arbeiter der Uhrenindustrie als Antwort auf die Arbeiterforderungen. Für den Schwarzwälder sind ernste Zeiten heraufgerückt, eine kraft- und machtvolle Organisation wird ihm ohne Schaden über diese Zeiten hinweghelfen.

Eine Mahnung an die bisher noch unorganisierten Arbeiter, das Versäumte sofort nachzuholen. E. K.

Die Gürtlerbewegung in Offenbach a. M.

Ist mit einem Erfolge für die Arbeiterschaft beendet. Aus dem Vertrag, der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen wurde, sind folgende Punkte hervorzuheben:

Die Arbeitszeit beträgt 54 Stunden per Woche. Die Mittagspause für Offenbach darf nicht unter 1 Stunde 20 Minuten und nicht über 1 Stunde 30 Minuten dauern. Der Genuß grüner Getränke in der Fabrik ist untersagt. — Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent als Vergütung gewährt. Dies gilt auch für Akkordarbeiter. Ueberstunden jangen erst nach Vollendung der 54 Stunden an, soweit nicht ein Zeitausfall durch Feiertag oder durch genügende Entschuldig des Arbeiters in Abzug zu bringen ist. — Die Aufbesserung der Akkordpreise, welche einen nicht entsprechenden Arbeitsverdienst ergeben, werden von seiten der Arbeitgeber vorgenommen. Der Stundenlohn eines Akkordarbeiters beträgt neun Zehntel seines Durchschnittsverdienstes unter Zugrundelegung der regulären Arbeitszeit. Wochenarbeiter über 20 Jahre, welche nicht über 44 Pfg. die Stunde verdienen, erhalten 3 Pfg. pro Stunde, alle anderen Wochenarbeiter 2 Pfg. pro Stunde Zulage. Lehrlinge und Arbeiterinnen sind ausgeschlossen. — Die Lohnzahlung findet am Freitag statt. — Kontrollversammlungen in Offenbach werden bis zu zwei Stunden bezahlt, wenn der Arbeiter innerhalb 2 Stunden zurückkommt; fehlt derselbe länger, so fällt die Vergütung überhaupt weg, falls er nicht eine schriftliche Entschuldigung vorbringt. Kontrollversammlungen außerhalb Offenbachs werden bis zu 4 1/2 Stunden vergütet. Unglücks- und Sterbefälle in der Familie werden bis zu 4 1/2 Stunden vergütet. Feuerwehrleuten wird die erforderliche Zeit der Versäumnis im Falle eines Brandes vergütet. — Bei Herabsetzung bereits bestehender Akkordpreise ist, wenn eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht möglich ist, der Arbeiter-Ausschuß zu hören. Der Arbeiter-Ausschuß hat die Kontrolle über die Verwendung der Strafgebühren. Diese Gebühren sollen für durch

Verwendung finden. Lehrlinge sollen von der Fabrikleitung bezahlt werden; deren Lohn wird, falls die Ausbildung durch Stückarbeiter stattfindet, auf den Akkord verrechnet. — Es wird von Seiten der Arbeitgeber zugejagt, im Interesse der Arbeiter zu tun, was in den einzelnen Betrieben möglich gemacht werden kann. Vorhandene Mißstände und berechtignte Wünsche der Arbeiter sind durch den Arbeiter-Ausschuß der Fabrikleitung bekannt zu geben. — Diese Vereinbarungen haben bis zum 1. Juli 1908 Gültigkeit. Sie gelten stillschweigend auf ein weiteres Jahr verlängert, falls sie nicht drei Monate vor Ablauf dieser Frist gekündigt werden. — Die Arbeitgeber erklären, daß sie an den ersten drei Tagen nach Aufnahme der Arbeit nicht Gewähr für vollständige Beschäftigung geben können. Maßregelungen wegen der Tätigkeit während der Lohnbewegung oder Durchführung der Vertragsbestimmungen dürfen von Arbeitgebern nicht vorgenommen werden.

Außerdem ist eine besondere Abmachung getroffen, die ebenfalls als Bestandteil des Vertrages anzusehen ist:

„Agitation irgend welcher Art, Tätlichkeiten, grobe Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen von Mitarbeitern innerhalb der Fabrik sind verboten und werden mit sofortiger Entlassung bestraft.“ Durch diesen Passus wird es möglich sein, unsre Mitglieder vor manchem zu schützen, wogegen seither jede Handhabe fehlte.

Der Kampf, wie er nun hinter uns liegt, hat uns wieder klar gezeigt, daß unsere Mitglieder alle Ursache haben, unsern christlichen Metallarbeiter-Verband am Orte hier in jeder Richtung mehr auszubauen, damit auch in Zukunft die Machtgelüste unserer Freunde von der roten Couleur in die gebührenden Schranken verwiesen werden können. Diesmal glaubten dieselben schon, uns an die Wand drücken zu können, was ihnen aber nicht gelang. Wohl oder übel mußte der große sozialdemokratische Metallarbeiterverband, trotz aller seiner Beschlüsse und Resolutionen, die er in seinen Versammlungen annehmen ließ, in den sauren Apfel beißen und es über sich ergehen lassen, daß ohne seine Vertreter verhandelt wurde. Ja noch mehr, es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Sechsenkommission von Seiten der Arbeitnehmer nicht als Vertreter der Organisation angesehen werde, sondern nur als Vertreter der Arbeiterschaft im allgemeinen. Dabei haben diese Herren bewiesen, daß sie gar nicht im Stande waren, die Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen zu vertreten, denn sonst hätten sie nicht bei der ersten Verhandlung gleich den Antrag gestellt, in „Anwesenheit der Christlichen würden sie nicht verhandeln.“ Wenn sie mit dem Durchdrücken dieses Antrages aber glaubten, daß nun die bösen christlichen Metallarbeiter nun auch ausgeschaltet seien, so können wir nun heute sagen, daß gerade das Gegenteil von dem eingetreten ist, denn dadurch wurde erst recht unsere Organisation von Seiten der Arbeitgeber anerkannt. Trotz aller Machinationen der roten Prozen ist der Vertrag von zwei christlich organisierten Metallarbeitern für uns unterzeichnet worden. Hier kann man wohl sagen, daß die Herren Genossen das Böse wollten und dadurch das Gute für uns geschaffen.

Nun so weiter geschafft und der Erfolg wird sein, daß immer mehr die Erkenntnis in den Reihen der Arbeiter sich Bahn bricht, daß für einen christlich denkenden Arbeiter nur der Platz im christlichen Metallarbeiterverband sein kann, der die Arbeiterinteressen ehrlich und ohne Hintergedanken mit Nachdruck vertritt.

Lohnbewegung im Dillkreis.

Auf der Ludwigshütte haben am Samstag den 20. Oktober i. v. lge Differenzen mit der Werkverwaltung die Former die Arbeit niedergelegt. Da nun über die Ursachen dieser Arbeitsniederlegung durch die Presse der verschiedensten Richtungen wiederprechende Angaben gemacht wurden, so sehen wir uns veranlaßt, einen genauen Bericht über die Vorgänge zu geben. Die Abklopper der Ludwigshütte hatten schon längere Zeit eine Lohnerhöhung gewünscht und sich dieserhalb an den Meister gewandt, doch nichts bezweckt. Sie beauftragten einen ihrer Kollegen, dieserhalb beim Herrn Direktor vorstellig zu werden, leider war selbiger nicht anwesend. Am andern Tage wandten sich die Leute nochmals an ihren Vorgesetzten, wieder ohne Erfolg. Da wurde ein Kollege beauftragt, dem Herrn Prokuristen, der in Abwesenheit des Chefs die Leitung hat, die Wünsche der Arbeiter vorzutragen. Es wurde ihnen die Antwort zuteil: Lohnerhöhung gibt's nicht, der Lohn ist hoch genug. Daraufhin

verließen 5 Kollegen den Betrieb. Am andern Morgen wurden dafür Ersatzleute eingestellt. Die Former suchten nun vermittelnd einzugreifen, indem sie die Verwaltung eruchten, die 5 Leute wieder einzustellen. Sie kamen diejerhalb im Speiseaal zu beraten. Da kam der Herr Direktor in den Speiseaal und forderte die Leute auf, den Raum zu verlassen. Der ersten Aufforderung leisteten die Leute nicht Folge, darauf wies der Chef auf die Folgen hin, die ein weiteres Verbleiben nach sich ziehen würde, indem er von Hausfriedensbruch und dergleichen sprach. Jetzt gingen unsere Kollegen hinaus und der Chef fügte seinen Ausführungen noch hinzu, wer in einer halben Stunde nicht an der Arbeit sei, der wäre entlassen. Der Meister Sch. ergänzte später diese Worte und äußerte, wer die Arbeit nicht sofort aufnimmt, ist entlassen. Während dieser Zeit verhandelte der Chef mit den Vertretern der Arbeiter. Da hätte man vielleicht besser getan, nicht so scharf vorzugehen. Die 5 Abklopper wollten die Firma wieder einstellen, eine Lohnerhöhung lehnte sie jedoch ab. Da der Durchschnitts-Akkord-Lohn nun 3 Mark beträgt bei anstrengender Arbeit, ist eine Aufbesserung infolge der verteuerten Lebenshaltung durchaus berechtigt. Eine Einigung fand jedoch nicht statt und verließen auch die Former das Werk. Sie nahmen an, infolge der Aussprüche des Herrn Direktors und des Meisters seien sie entlassen. Ein Vermittlungsversuch von Seiten unseres Bezirksleiters war ohne Erfolg. Die Firma wollte sämtliche Leute wieder einstellen, aber bedingungslos sollte dieses geschehen. Unsere dortigen Kollegen werden einsehen, daß die Abklopper dadurch, daß sie ohne Kündigung die Arbeit niederlegten, ihrer Sache nicht gedient haben. Wenn man sich aber die Situation vergegenwärtigt und bedenkt, daß die 5 Leute schon wochenlang den Wunsch nach einer Lohnerhöhung geäußert hatten, dann wird jeder sich sagen müssen, daß man menschlich dieses Vorgehen wohl begreifen kann, wenn es an und für sich auch nicht zu billigen ist.

Jetzt fordern auch die Former eine Lohnerhöhung. Die Verhältnisse, wie sie in den Batterie-Gieereien herrschen, lassen eine solche Forderung begreiflich finden, wenn auch dadurch die Lage verschärft worden ist.

Bei etwas gutem Willen dürfte der Friede aber leicht sein und eine Verständigung zustande kommen. Mögen die Herren Arbeitgeber nur bedenken, daß bei gegenseitiger Anerkennung der wirtschaftliche Friede am besten gewahrt ist. B.

Gurskirchen. Bei der Firma Joseph Mahla, Lugschwagenbauerei sind Differenzen ausgebrochen.

Ronn. Die Schmiedegesellen in Streik getreten.

Wallau. Auf der Ludwigshütte Differenzen ausgebrochen.

Kaiserlautern. Eisenwert Kaiserlautern ist Streik ausgebrochen.

Köln. Bei Schlossermeister Schmilling, Hochladenstr. 27, Differenzen. Zureitende Gesellen werben in ihrem Interesse erucht, erst bei der Ortsverwaltung anzufragen.

Zuzug ist fernzuhalten!

Aus dem Verbandsgebiet.

Leipzig. Monatsbericht des Stellungsnachweises christlich-nationaler Arbeiter. Leipzig Herberge zur Heimat Arndstraße 51.

Die Inanspruchnahme des Stellennachweises war 123 Stellenangebote und 52 Stellengeuche. 48 Stellen wurden besetzt. Der Stellennachweis welcher hauptsächlich für die Mitglieder der christl. Gewerkschaften der ev. Arbeitervereine, der kath. Gesellen- und Arbeitervereine und der ev. Jünglingsvereine geschaffen wurde, wird von diesen noch viel zu wenig benutzt, so daß er zahlreiche Nichtmitglieder in Arbeit brachte, um möglichst viel Stellen beziehen zu können. Es wird den Mitgliedern vorgemunter Vereine empfohlen sich an den Stellennachweis zur Vermittlung von Arbeit zu wenden, da jederzeit offene Stellen aller Verufe vorhanden sind. Geschäftszeit 7—8 Uhr Abends. Die reisenden Verbandskollegen sind auf diese Einrichtung besonders aufmerksam gemacht.

Mülheim a. d. Ruhr. Das christliche Gewerkschaftskartell Mülheim-Ruhr veranstaltet im Laufe des Winters einen Unterrichtskursus unter Leitung des Arbeitersekretärs Kliefer. Verhandelt wird in der 1. Stunde Dienstag, den 13. Nov. abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause „Volkswirtschaft“. Auch die Königl. Gewerbe-Inspektion hat sich bereit erklärt, einige Vorträge über Titel VII der Gewerbe-Ordnung zu halten. Auch die Mitglieder der konfessionellen Vereine sind hierzu eingeladen. Die Kollegen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, insbesondere die jüngeren, werden sich hoffentlich zahlreich an diesem Unterrichtskursus beteiligen, und

dadurch zeigen, daß sie die große Bedeutung erkannt haben und auf ihre soziale und gewerkschaftliche Ausbildung den nötigen Wert legen.

Ulm. Am Sonntag den 20. ds. Mts., fand im Gasthause zum Weissen eine vom hiesigen christl. Gewerkschaftskartell einberufene öffentliche Arbeiter- und Volkerversammlung statt. Als Referent war Gewerkschaftssekretär Kollege Rüdlich aus Stuttgart anwesend, der das Thema: Die deutsche Arbeiterschaft vor der Entscheidungfrage in 1 1/2 Std. Vortrag behandelte. Leider war diese Versammlung trotz eifriger Agitation nicht in dem Maße besucht, wie es für die hiesige Arbeiterschaft und Bevölkerung so angebracht und notwendig wäre. Insbesondere muß als bedauerlich konstatiert werden, daß unsere konfessionellen Vereinsmitglieder hierorts noch bis dato nicht in diesem Maße mit und für uns gekämpft haben, wie es im Interesse der Gesamtbewegung zu wünschen wäre. Dabei hatten wir aber die Ehre eine Anzahl Freunde von der Linken bei uns zu sehen, die sich auch bald als die vielgepriesenen Freiheits- und Gleichheitsprediger im schönsten Lichte zeigten. Der Referent schilderte die Umwälzung des wirtschaftlichen Lebens und die daraus entstandenen Folgen: Die Bildung des Lohnarbeiterstandes. Letzterer sei aber noch vielfach ein Stand weiter Klasse, der sich die Gleichberechtigung erkämpfen müsse. Als Redner die „freien“ Gewerkschaften bezw. die Sozialdemokratie einer scharfen, von ihren eigenen Führern verleihten Kritik unterzog, wurde es den Herrn Sozialdemokraten ungenützlich. Aber nicht nur dieses, sondern auch die bewiesene Kunst und Fähigkeit der christl. Gewerkschaften inbezug auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, ferner die riesigen Fortschritte der Mitglieder brachte diese Herren ganz in Harnisch. Recht bezeichnend war es, daß der erste sozialdemokratische Disrussionsredner sich in den angegebenen Zahlen keine Klarheit verschaffen konnte und eine 75%ige Zunahme der Mitglieder als Rückschritt bezeichnete. Auch seine übrigen Ausführungen, worin er eine Einladung zu einem zwanglosen Beisammensein als Gew.-Verf. hinstellen wollte, mißglückten vollständig. Besonders interessant war auch zu hören, wie Redner die christl. Arbeiterschaft auffordern wollte, den Befehlen Bebel's, wie es die freien Gewerkschaften tun oder aus gewissen Gründen stets tun müssen, Folge zu leisten, dann würde sich die deutsche Arbeiterschaft in einem ganz anderen Stadium befinden?? (Großer Hallah, allgemeines Gelächter.) Redner zog den Katholikentag mit in die Debatte hinein, bis ihm nach wiederholtem Ordnungsrufe das Wort entzogen wurde. Um diese Blamage wieder wett zu machen, bestieg die hiesige Parteigröße G. Göhring das Podium. Derselbe wollte, als ihm vom Vori. die Weisung gegeben, sich womöglich kurz und im Rahmen der Tagesordnung zu halten, in 1/2 Std. Redezeit alles sachlich wiederlegt haben. Die Versammlung war jedoch von seiner Weisheit nur enttäuscht. Denn in Ausdrücken, wie Lügen, Verleumdungen usw. hat derselbe wahrlich den höchsten Rekord erreicht, aber nichts sachliches vorgebracht. Und dies nennen solche Herren eine sachliche Diskussion! Vom Vorsitzenden wiederholt zur Ordnung gerufen, forderte Redner schließlich seine Getreuen an, mit ihm den Saal zu verlassen, was denn auch geschah. Es war dies wohl auch das Beste was die Genossen tun konnten, um ihrer schmachlicher Niederlage aus dem Weae zu gehen. Sie waren zu selbige die Wiederlegungen ihrer lügenhaften, unbeweisbaren Behauptungen abzuwarten.

Kollege Rüdlich stellte nachher nochmals klar und deutlich fest, daß seine Ausführungen zu jeder Zeit beweisbar sind, dieselben seien zum größten Teil den gegnerischen Blättern, als o der Presse der Wahrheit, entnommen. Wenn nun diese ihre eigenen Leute derart beschwindeln, dann falle der schlechte Geruch nicht auf seine Person, sondern eben auf ihre eigenen Führer zurück. Hiernach sprachen noch einige Redner im Sinne des Referenten und forderten zur allgemeinen Unterstützung und zum Beitritt in die christlichen Gewerkschaften auf. Der Vorsitzende ermahnte zu festem, treuem Zusammenhalten und unermüdblicher Agitation und schloß mit einem dreifachem Hoch auf die christl. Bewegung die Versammlung.

Mogheim. In unserer letzten Mitgliederversammlung, welche am 28. Oktober stattfand, referierte Kollege Spieß-Ordwigshagen über die Notwendigkeit der Organisation auf christlichem Boden und erteilte dann einen ausführlichen Bericht der Generalversammlung in Aachen, der er als Delegierter beiwohnte. Dann sprach Kollege Gr. jr. über die Gewerbegerichtswahl, welche nächsten Monat stattfindet. Es ist Ehrenpflicht der christlichen Arbeiter, sich an dieser Wahl rege zu beteiligen. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde dann die Schenkung eines Sozialbeitrages von 10 Bfg., zusammen 60 Bfg. wöchentlich, einstimmig beschlossen. Die Kollegen von Mogheim haben durch diesen einstimmig gefaßten Beschluß bewiesen, daß sie den Ernst der heutigen

Lage erkannt haben und in der Opferfreudigkeit nicht hinter den vielen andern Ortsgruppen un-

Norden. Im Vereinshaufe hier selbst fand am 12. Oktober eine Mitgliederversammlung unseres Ver-

Kollegen von Norden! Unsere Ortsgruppe ist das jüngste Reis am Stamm. Behandeln wir sie,

Ratungen. Die Verhältnisse bei der Natinger Kesselfabrik, vormals Dürr und Co., erheischen erneut eine gerechte Kritik in der Presse, da die Firma den in einer Betriebsbesprechung geäußerten Wünschen und Beschwerden der Arbeiter kein Gehör schenkt.

Ein Nachtrag in der Arbeitsordnung verbietet dem Arbeiter die Benutzung ungestempelter Ketten (?!!) zu Last- und Transportzwecken. Wie liegen die Dinge nun in Wirklichkeit? Eine Kettenausgabe besteht auf diesem Werke nicht.

Das Strafsystem steht dort in der schönsten Mitte. Dem Arbeiter aber ein Kontrollrecht einzuräumen, wie und wo das Strafgeld verwandt wird, das sind bei der Firma unbekannte Begriffe.

beiter unbedingt die so hochnötige Ruhe und Schlaf, und dennoch wird ihm unerbittlich die Strafe auferlegt. Auch bei der Festsetzung der Arbeitspreise versteht es die Firma, möglichst viel vom Arbeiter zu verlangen und nur wenig ihm zu geben.

Die Wajchvorrichtung ist im höchsten Grade ungenügend und mangelhaft, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn in der Mittagsstunde die pechschwarzen Gestalten das Tor passieren.

Darum Arbeiter der Firma Dürr, wachet auf aus eurer Letargie, tretet in die Reihen des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes und werdet so Kämpfer für eure ureigensten Rechte.

Nieder-Öslohe. Auch die Metallarbeiter-schaft unseres entlegenen Wennetales hat sich vor einem halben Jahre dazu aufgerafft, mit in die Reihen der wirtschaftlichen Streiter des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes einzutreten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. November der sechsundvierzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 11. November bis 18. November 1906 fällig.

Diejenigen Ortsgruppen, welche die Abrechnung vom 3. Quartal noch nicht eingelangt haben, werden aufgefordert dies unverzüglich zu tun.

Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat sich sofort beim Vorsitzenden oder Kassierer der Ortsgruppe zu melden, auch wer nicht unterstützungsberechtigt ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages erhält hiermit die Ortsgruppe No 2 beim von 10 Pfg. pro Woche ab 1. November.

- Für die Bibliotheken der Ortsgruppen und zur Anschaffung der Kollegen empfehlen wir folgendes:
1. Handbuch der christl. Gewerkschaften. Preis 75 Pfg.
2. Protokoll des VI. Kongresses der christl. Gewerkschaften Deutschlands (1906 zu Breslau) Preis 30 Pfg. für die Ortsgruppe 25 Pfg.
3. Gewerkschaftl. Studien in England. Preis 15 Pfg.
4. Die Kartellierung der Großindustrie und ihr Einfluß auf die Arbeiter. Preis 10 Pfg.

Ortsgruppenvorstände und Vertrauensmänner sorgen für den Vertrieb der gewerkschaftlichen Broschüren. Die langen Winterabende müssen zum Studium verwendet werden.

Die Verbandsleitung.

Sterbetafel.

Schwab. Gemünd. Es starb am 23. Oktober, unser Kollege Justus Herkommer, Eisenr. Mainz. Am 29. Oktober, starb unser Mitglied Gustav Klauke.

Ehre Ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Ortsverwaltung Duisburg II. Am Sonntag den 11. November cr., nachmittags um 8 Uhr, findet im Lokale von Janßen, Laar Kaiserstraße 118, eine Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung von sämtlichen Zahlstellen der Ortsverwaltung Duisburg II statt.
Duisburg. 1. Sonntag 11. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Lutherhaus, Reichstraße.
Altenessen. Sonntag, 11. Nov., morgens 11 Uhr, bei Eiser.
Essen-Rüttenscheid. Sonntag, 11. November, abends 8 Uhr, bei Wallnei.
Kellinghausen. Sonntag, 11. November, morgens 11 Uhr, bei Roehne.
Essen-Guttrop. Sonntag, 11. November, morgens 11 Uhr, bei Rathop.
Werden. Sonntag, 11. November, morgens 11 Uhr, bei Kimmerramp.
Stern. Samstag, 17. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Sternberg, christliches Gewerkschaftshaus.
Weimar. Sonntag, 18. November, nachmittags 5 Uhr, bei Widdelmann, Kohlenstraße.
Reheim. Montag, 12. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Hellwig, wichtige Mitgliederversammlung.
München. Jeden 3. Sonntag im Monat im Goldenen Anker, Schillerstraße 30.
Dülmen. Sonntag, 11. November, vormittags 11 Uhr, bei Knautz Tagesordnung: Hausagitation.
Osnabrück. Sonntag, 11. November, nachmittags 4 Uhr, im Osnabrücker-Vereinshaufe öffentliche Volksversammlung.
Baden-Baden. Das hiesige Ortskartell hat einen Arbeitsnachweis errichtet.
Mün. v. d. E. Mitgliederversammlung jeden 2. und 4. Sonntag im Monat im christlichen Gewerkschaftslokal, Gailhaus zum Herrenfelder.
Duisburg. Sonntag, 11. November, nachmittags 1/6 Uhr, öffentliche Versammlung im Malergarten.
Thale v. S. Sonntag, 11. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Fr. Hirsch. Vortrag des Kollegen Deunfer, Süldeheim.